

Wöchentlich 72 Bl., monatlich 2,25 M. (bzw. 87 Bl., monatlich für Lieferung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 3,97 M. einschließlich 90 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandbestellungen 5,45 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Druckschenspost 4,95 M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal. Die Wochenausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, Illustrierte Sonntagsbeilage „Soll und Sein“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhof (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. Dr. S. u. Disk.-Ges., Depositenl., Jerusalemstr. 63/64.

Für statist. Blätterpreis 20 Pf. Familienpreis 2.- M. „Kleine Belegblätter“ das festgedruckte Wort 20 Pf. (jährlich zwei festgedruckte Worte, je zwei weitere Wort 10 Pf. Rabatt u. sonst Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Blätterpreis 20 Pf. Familienangehörigen Blätterpreis 16 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft: Lindenstr. 3 wochentlich von 9 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht geeigneter Anzeigen vor.

Groener entlarvt Hitler.

Wenn die Polen kommen, marschieren die SA. ab! — Wieder Tumult im Reichstag.

Hitler hat angekündigt, daß er den „Vorwärts“ wegen der Kritik, die er an seiner Lauenburger Rede geübt hatte, verlassen wird. Er hat es bisher nicht getan. Wir vermuten, er wird es überhaupt nicht tun.

Gestern hat nämlich Groener im Reichstag die entscheidenden Stellen jenes Dokuments verlesen, auf das schon Brüning in seiner Hamburger Rede vom 7. April, Otto Braun in seiner Sportplatzrede vom 11. April angepielt hatte. Sie sind für Hitler und seine Partei vernichtend. Es ergibt sich, daß die Absicht bestand, bei Auftreten regulärer polnischer Truppen an der Grenze die SA. zurück zu ziehen. Es ist das dieselbe Absicht, zu der sich Hitler — alle seine Ablehnungsversuche sind vergeblich — in seiner Lauenburger Rede öffentlich bekannt hat.

Nicht bloß Hitler, die ganze nationalsozialistische Reichstagsfraktion hat sich zu landesverräterischen Absichten bekannt, indem sie gestern dem Reichswehrminister in stürmischen Zwischenrufen zu verstehen gab, ihre Anhänger würden sich im Falle einer kriegerischen Verwicklung seiner Autorität nicht unterstellen. Die Nationalsozialisten sind also entschlossen, den Kriegsdienst zu verweigern, wenn ihnen die Gesichter der Minister, die gerade regieren, nicht gefallen.

Und das hat dann noch die Frechheit, anderen Landesverrat vorzuwerfen!

Die Nationalsozialisten hatten gestern zwei Redner losgelassen, einen geschickten und einen plumpen. Der geschickte übte sich im Brückenbau nach allen Seiten, der plumpe zerschlug alles erreichbare Porzellan. Gregor Strahers Rede war ein wunderliches Gemisch von Komplimenten und Bosheiten, von scheinsozialistischen Formulierungen und hahnenbüchsenem „antimorgistischem“ Unsinn. Allgemein faßte man die Rede als ein Koalitionsangebot an das Zentrum auf, obwohl es an manchen Stellen so klang, als ginge der Redner auf eine antikapitalistische Koalition aus. Dann freilich, als die antikapitalistische Konsequenzziehung schon zum Greifen nahe war, schlug er plötzlich einen Haken und verlor sich in inflationistische Projekte.

Klug, würdig und sachlich hundertmal überlegen antwortete Peter Graßmann. Hatte Straher den kühnen Versuch gemacht, Partei und Gewerkschaften gegeneinander auszuspielen, so mußte er bald bemerken, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nicht aus bloßem Zufall nach ihrem eigenen Vorsitzenden den des ADGB. zu ihrem Redner bestimmt hatte. Graßmanns Bekenntnis zum Marxismus und Sozialismus riß die Fraktion zu stürmischem Beifall hin.

Graßmann entwarf ein wahrhaft erschütterndes Bild der Lage, in der sich große Teile des arbeitenden Volkes befinden, er enthüllte in grundständig klaren Ausführungen die Schuld des wirklich schuldigen Systems, nämlich des kapitalistischen, er entwickelte die Grundzüge des von den Gewerkschaften entworfenen Arbeitsbeschaffungsprogramms und hielt den Nazis ein populäres, vielleicht auch ihnen verständliches Kolleg über Wesen und Bedeutung des Klassenkampfes. Strahers Versuch, sich bei den Gewerkschaften anzubiedern, wies er scharf zurück, indem er die bisherige gewerkschaftsfeindliche Haltung der Hitlerpartei vorlegte.

Nach dem Brückenbauer Straher der Scherbenhändler Göring! Nach dem Eierkopf der Amoklauf. Kaum stand der oben, da wars mit der schönen Sachlichkeit des Reichstagsbeginns vorbei. Auf freche Provokationen antwortet die Linke mit stürmischem Widerspruch. Göring versucht, die verkleumdliche Behauptung Hitlers aufzuwärmen, bei dem Verbot der SA. habe Pariser Einfluß mitgewirkt. Zitternd vor Wut springt Brüning auf, fällt dem Redner ins Wort und erklärt, nichts davon sei wahr. Hatte Straher mit einer artigen Verbeugung anerkannt, daß der Reichstagsminister sich die größte Mühe gebe, so häuete Göring auf ihn und den Reichswehrminister Verdammung über Verdammung. Er hat die Stirn, die Sozialdemokraten des Landes-

verrats und der Kriegsdienstverweigerung zu beschuldigen. Seine Fraktion, die ihre gute Erziehung mit einem Schläge wieder vergessen hat, jöhlt Beifall. Plötzlich entdeckt sie den Polizeivizepräsidenten Beiß auf der Reichstagstribüne und ruft im Chor: „Isidor raus! Isidor raus!“ Jetzt ist sie wieder ganz in ihrem Element.

Bergeblisch versucht Vizepräsident Effer Ordnung zu schaffen. Und als Groener das Wort nimmt, blas vor Erregung, körperlich schwer indisponiert, schafft er sich nur schwer gegen die tobende Meute Gehör. Mühsam entzwingen sich die Worte seinen Lippen, aber jeder Schlag fñht. Nach-

dem er geschlossen, glaubt auch Gregor Straher, sich noch eine Ungezogenheit leisten zu müssen. Ausschluß durch den Vizepräsidenten. Tumult. Unterbrechung. Aeltestenrat. Umwandlung des Ausschusses in einen Ordnungsrat.

Dann wird es wieder friedlich. Der Zentrumsmann Bell führt den schlüssigen Beweis, daß die poetisch betonte „antikapitalistische Sehnsucht“ Gregor Strahers nichts als eine sehr profane Sehnsucht nach einer neuen Inflation ist.

Heute, 10 Uhr vormittags, weiter. Man erwartet eine Reichstagskanzlerrede.

In allen Stürmen fest!

Graßmann über die nationalsozialistische Schaumschlägerei.

In der gestrigen Reichstagsdebatte forderte Abg. Straher (Nos.) weiter den Arbeitsdienst für Bodenverbesserungsarbeiten und hielt den protestierenden Kommunisten den russischen Arbeitszwang entgegen. Er antwortet: Der Arbeitsdienst erzielt zum deutschen Staat, daher wollen ihn die Kommunisten nicht. So aber erhalten wir einen gut besetzten und wehrfähigen Osten. Wenn aber die ganze Disziplin von Schlange-Schönungen, den man dem Kabinett als Korsetzange eingefügt hat, Herrn Siegerwald übertragen werden soll, so kann man von gefährlichen konfessionellen Absichten sprechen. Die notwendige Kontrolle wird ein Getreidepolizist in napol. erfordern. Das wäre auch die Lösung des Lohnproblems.

Sowie der Staat die Existenz der Landwirte sichert, fällt ihre Opposition weg. Wenn man arm geworden ist, muß man mehr arbeiten, um wieder zum Wohlstand zu kommen.

Was könnte man mit den Ruffenkrediten, deren Rückzahlung immer prolongiert wird, für Arbeit und Siedlung in Deutschland tun! Brüning ist an alle diese Probleme mit dem besten Willen herangegangen, das bezweifeln wir nicht. (Heiterkeit links und im Zentrum.) Mit den Zwergparteien kann man nicht regieren, die müssen weg. (Beifall rechts.) Schließlich bezeugt Straher sich selbst — neue Gedanken. Als er von den Wirtschaftsführern redet, wird ihm von links Laublen entgegengehalten.

Nach einer Rede des Abg. Hepp (Vando.) wird ein Antrag Friedl (Nos.), die Finanzvorlagen einer Auszubehaltung zu unterziehen, mit 264 gegen 209 Stimmen abgelehnt. Die Vorlagen werden darauf in zweiter Lesung angenommen, der § 8 (Kreditermächtigung) mit 245 gegen 224 Stimmen.

Darauf wird die allgemein-politische Debatte fortgesetzt.

Abg. Graßmann (Soz.):

Als gestern Dr. Breitscheid auf den bekannten Artikel von der „Gold“ in der „Diktatur“ hinwies, haben Sie (nach rechts) die Ehre bestritten. Hier ist die Folge 31 der „Diktatur“, und ich verlese nochmals die Ausführungen des Herrn von der Gold, daß die Nationalsozialisten die Grenze gegen einen feindlichen Einfluß solange nicht verteidigen würden, als das heutige System besteht. (Der Redner verliest diesen Artikel und fügt hinzu:) Sie sind wieder einmal ergriffen gegen eine unabweisliche Tatsache, die Ihren inneren Welensfern schonungslos enthüllt!

Herr Bang hat heute alles Uebel auf die Kapitalzerföderung zurückgeführt, nicht aber auf das Kapital selbst. Dabei ist die Geschäftsführung der sogenannten Wirtschaftsführer längst schon als ruhmlos bekannt geworden. In der so verarmten und angeblich so bedrückten Wirtschaft sind

heute zweieinhalbmal soviel leidende Personen beschäftigt, als vor dem Kriege.

Sie und die zehntausende Verwaltungsräte erhalten an Bezügen und Lantienem 1,5 bis 2 Milliarden jährlich, etwa ebensoviel, als die Dividende für die Aktionäre beträgt. Die etwa 4 Millionen Arbeiter derselben Betriebe erhalten in derselben Zeit nur etwa das Vierfache dessen, was die Verwaltungsräte und Direktoren bekommen haben. Herr Straher hat heute bestritten, daß es überhaupt Kapitalverleitungen gabe. Wir verstehen darunter die Herabnahme von Krediten unter Umständen, die oft sehr drückende Schulden für Einrichtungen darstellen, die in kurzer Zeit unrentabel werden. Aus der Fülle dieser Fehlleitungen sind zahlreiche Beispiele bekannt, so die Einrichtung einer neuen Schachtanlage durch den Stahlruß Mitte 1931, der für eine Million Tonnen Förderung eingerichtet war, eine große Kokerei und Stickstoffabrik umfaßt und 90 Millionen gekostet hat, die durch kurzfristige Auslandsanleihen aufgebracht wurden. Zwei Monate lang wurde mit Havaried Kohle gefördert, um durch den Leistungsanwuchs eine entsprechende Quote zu erhalten. Die Kohle wurde nicht verkauft, sondern auf Holde gelegt. Und dann stellte sich heraus, daß die neue Schachtanlage infolge schlechter Ausnutzung zweifelt kostet, sie wird still-

gelegt! (Hört, hört!) Die Kokerei ist überhaupt nicht ausgenutzt, die Stickstoffabrik arbeitet zu einem Drittel. Ganz gleiche Vorgänge haben sich bei der Gewerkschaft Enald und bei einer neuen Bemberg-Fabrik ereignet.

Das Institut für Konjunkturforschung berichtet, daß im März 1931 die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden im Verhältnis zur Arbeitsstundenkapazität 45,1 Proz., im März d. J. nur noch 34,9 Proz. betragen hat. Es ist also eine ungeheure Verengung der Produktionsanlagen erfolgt.

In einem Bericht vom 13. April d. J. sagt das Konjunkturinstitut, daß bis 1931 vor allem die Produktion an Gütern des klassischen Bedarfs gekunken ist, also desjenigen, dem man für einige Zeit ausweichen kann, daß aber seit Mitte 1931 im Gegenteil die Produktion der Güter des starren Bedarfs stärker vom Rückgang ergriffen worden ist. Das ist ein Zeugnis der Schwere der inneren Depression, die durch

die fortgeschritten Lohnsenkungen verschärft wurde; sie waren immer von einem Anschwellen der Arbeitslosigkeit begleitet und haben neben all den Droßelungsmaßnahmen der Länder und Gemeinden zu einem Zustand geführt, der eigentlich jeden Deutschen mit Scham erfüllen müßte.

Wir sehen heute ein Bettelvolk, wie wir es früher als Charakteristikum des Orients angesehen haben. (Der Redner führt zahlreiche Berichte aus den verschiedenen Teilen des Reiches an, die den grauenhaften Umfang der schlimmsten Not beweisen.) Die Herren der Wirtschaft, die hier gesprochen haben, sagen dazu — nichts! Welch fürchterliche Bankrotterklärung! Die Leute, die vor aller Welt als die großen Männer bestanden, sind heute ratlos. Ich verweise auf die bekannten Aufzeichnungen von Professor Keynes und auf den Brief des amerikanischen Rotenbankgouverneurs Montagu Norman an den Direktor der Bank von Frankreich, Bonnet, worin der Zusammenbruch des Kapitalismus binnen einem Jahr vorausgesehen wurde. Norman wünschte, daß diese Prophezeiung orakelhaft werde, damit man sie zu gegebener Zeit nachprüfen könne.

Das Ergebnis der fehlerhaften Maßnahmen der sogenannten Wirtschaft ist zunehmende Arbeitslosigkeit, die nicht nur eine moralische und politische, sondern auch eine gesellschaftliche Gefahr bedeutet.

Wir haben vor einigen Wochen auf dem Arislenkongreß des ADGB. die beschämende Tatsache festgestellt, daß die deutsche Öffentlichkeit gegen die Not der Arbeitslosigkeit so abgestumpft ist, daß die Veröffentlichungen über ihren Stand mit demselben Gleichmut registriert werden, wie etwa die Wetterberichte. (Hört, hört! links.) Herr Straher hat uns heute ein Helderepos abgeleitet, wie sich diese Partei die Verminderung der Not denkt, und wie sie sich einschließen habe, nicht zu worten, bis sie im Besitz der Macht ist, sondern das bis dahin sorgfältig gebütete Geheimnis dessen, was sie tun will, auf dem Altar des Vaterlandes preiszugeben. Da darf ich vielleicht daran erinnern, daß

die von Ihnen soviet geschmähten freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie seit länger als zwei Jahren an allen zuständigen Stellen gewirkt, gehohrt, gemahnt und gefordert haben, daß rechtzeitig eingegriffen wird, ehe die Arbeitslosigkeit zu einer solchen Lawine anwächst.

Wir haben im Januar 1930 planmäßige Arbeitsbeschaffung gefordert, im Februar 1930 ein Verbot der Ueberstunden und Verkürzung der Arbeitszeit, im Mai 1930 Rationierung der Auftragserteilung, damit nicht weiter Ueberstunden geleistet und die Arbeitslosigkeit der anderen vermehrt wird. Im Februar 1931 haben die Epigongewerkschaften dem Reichspräsidenten gegenüber als dringende Gegenwartsaufgabe die Wiedereinführung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß und die zuzügliche Arbeitsbeschaffung bezeichnet. Wir haben dieses Programm im Sommer vorigen Jahres auf unserem Kongreß in Frankfurt am Main erörtert und uns da-

mal für den Plan eingeleitet, den der viel zu früh verstarbende Albert Thomas mit seiner glühenden Energie verfolgt hat, um durch internationalen Zusammenwirken Arbeit und Kredit zu beschaffen. Am 13. April dieses Jahres hat unser Krisenkongress es als besonderen Standal bezeichnet, daß angesichts von mehr als sechs Millionen Arbeitslosen noch immer in gewissen Erwerbszweigen über 48 Stunden gearbeitet und vielfach Leberstunden gemacht werden. Dabei sind zum Beispiel

in der Schuhindustrie Zehntausende schon seit sechs Jahren ununterbrochen arbeitslos!

(Leb. hört, hört! links.) Trotzdem aber nehmen Pensionäre und Doppelpensionäre noch immer den Arbeitslosen das Brot weg.

Ein Volk wie das deutsche, das landwirtschaftliche Leberkuchengebiete verloren hat, würde durch die Autarkie nur seinen eigenen Export noch mehr erschweren, als dies bereits infolge unserer eigenen Zollgesetzgebung von den Ausfuhrländern geschieht. Auf die vage Aussicht hin, daß vielleicht in Jahrzehnten ein von Herrn Ströher vorgeschlagenes Programm durchgeführt wird und gelingt, können wir uns nicht zur Autarkie bekennen. Wir wissen nicht, was uns die nächsten Monate bringen und können uns daher nicht auf so weite Sicht festlegen. Im vergangenen Herbst hat Minister Stegerwald aufgefordert, alle Kräfte zusammenzufassen, um nur einigermaßen über den Winter zu kommen. Da können wir um so weniger phantastischen Projekten nachgehen.

Wir dagegen versuchen, unmittelbar wirksame Maßnahmen durchzuführen. Unser Krisenkongress hat solche Forderungen besonders für die jüngeren Arbeiter aufgestellt.

Die in verschiedenen Gewerben einen stärkeren Anteil an der Arbeitslosigkeit haben, als ihrem Zahlenverhältnis entsprechen würde. Ein guter Teil dieser jungen Leute gehört heute zu der Klientel der Hilfsparteien, denn sie reagieren natürlich auf einen im tiefsten als ungerecht empfundenen Zustand; sie fühlen sich nicht mehr an die menschlichen Geisse gebunden, da auch ihnen gegenüber das Recht auf Selbstbehaltung verneinlich nicht gewahrt werde. Sie erwarten von einem Wunder die Rettung. Dieser Zustand ist aber auch eine Gefahr für die künftige industrielle Entwicklung Deutschlands, denn wenn der alte Schling der hochqualifizierten Arbeiter ausbleibt, wenn diese nichtausgebildeten Jugendlichen an ihre Stelle kommen, dann sieht es schlecht um die Leistungen aus. (Sehr wahr!)

Es würde auch, wenn wir die Rationalisierung rückgängig machen könnten, ein guter Teil Arbeitsloser übrig bleiben. Die Schuhindustrie hat zum Beispiel 1927/30 um 19 Proz. weniger produziert, ihre Arbeitslosigkeit aber ist um 60 Proz. gestiegen. Das ist mehr, als durch die arbeitsparenden Maschinen erklärt wird. Auch bei einer günstigen Konjunktur würden etwa 30 Proz. der Schuharbeiter arbeitslos bleiben. Wir fordern die Verkürzung der Arbeitszeit bis höchstens 40 Stunden pro Woche. Dabei meinen wir, daß

bei den arbeitsparenden Methoden die Arbeitszeit noch viel kürzer

sein könnte. Der Referentenentwurf des Arbeitsministeriums ist ungenügend. Wir verlangen die Arbeitszeitverkürzung für alle Erwerbsgruppen, besonders auch für die Metallindustrie, die der Entzweiung ausgenommen will. (Lebhafte Zustimmung links.)

Würde uns ein unvorhergesehenes Wunder eine Konjunktur wie 1929 schaffen, so würden wir dann die vorhandene Apparatur auch nur zu 75 Proz. ausnützen können.

III denen, die auch dann nicht in Arbeit kommen würden, kann und muß durch unerbittliche Opfer aller Volksschichten geholfen werden. Die Verkürzung der Arbeitszeit muß mit einem Einstellungsstopp verbunden sein. Die Arbeitsbereitschaft bis zu 90 Stunden wöchentlich und mehr in gewissen Betrieben muß verschmähen.

Nach eingehender Darlegung und Begründung der Arbeiterforderungen und des Arbeitsbeschaffungsprogramms des freigewerkschaftlichen Krisenkongresses und der zugleich gemachten Deckungsansprüche — das Geld wäre tüchtiger angewendet, als wenn man es vielleicht für Tummelplätze ausgeben möchte — erklärt sich Abg. Großmann im Namen seiner Partei gegen die Arbeitsdienstpflicht. Der freiwillige Arbeitsdienst darf die Bedingungen der freien Arbeit nicht gefährden und nur als Zusatzarbeit von Jugendlichen eintreten. Herr Ströher hat einen Gegenentwurf zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratischer Partei konstruieren wollen.

Seine Anbiederung an die freien Gewerkschaften rührt uns nicht, zumal seine Partei uns bisher immer in nicht wiederzugebender Weise beschimpft und verunglimpft hat.

Hinter hat im Mai 1931 zu Otto Ströher geäußert, die Arbeiter wollten nur Brot und Spiele. (Widerpruch der Rationalisozialisten.) Von der Herrenmoral spricht doch Ihre ganze Literatur, das können Sie doch nicht ablegen. (Es geschieht doch!) In einem Buch „Mein Kampf“ nennt Adolf Hitler die freien Gewerkschaften Instrumente des vergiftenden Klassenkampfes; er ruft nach dem Drahtentzug gegen uns. (Die Rationalisozialisten suchen alle diese Zitate abzuleugnen, ebenso die folgenden Richtlinien ihrer Betriebsorganisationszentrale.) Sie haben sich freilich Ihre Betriebsagitation etwas abgemöhnt müssen, als die Eisenerne front kam. Ihre NSBO geht ähnlich wie die RBD auf die Zersplitterung der Gewerkschaften aus. Die Richtlinien legen allerdings auch: „Bedanken gegen uns sind bei den Bg. Arbeitgebern zu zerstreuen.“ (Stürmische Hör-Hör!-Rufe links.)

Durch Hege gegen die „Bonzen“ soll nach diesen Richtlinien in den Betrieben der Reich erzwungen und auf diese Weise der Bloß der Gewerkschaften gesprengt werden.

(Zurufe des Bg. Graf Reventlow.) Wir sind und bleiben Marxisten, weil täglich die Lehre Marxsens bestätigt, was wir erleben. Den Klassenhass haben wir nicht geschaffen, er ist aus der Ausbeutung und Rechtslosigkeit des Proletariats erwachsen. Den Klassenkampf werden Sie uns nicht antreiben, damit würden wir ja nur uns selbst, unsere Organisationen aufgeben. Wenn Sie erst in die Lage kommen sollten, ihre Versprechungen erfüllen zu müssen, werden Sie es nicht können und zerfallen. Ihnen ist Ihre so heterogene Partei Selbstzweck.

Wir aber, freie Gewerkschaften und Sozialdemokratische Partei, fühlen uns als Mittel zur Befreiung der Arbeiterklasse. Wir fühlen uns als die Organisationen der Arbeiterklasse, die in allen Stürmen ihr die Treue halten, und weder mit Ausbeutung noch mit Terror werden Sie uns niederknien. Der unerlöschliche Glaube an den Sozialismus, der mit der Brutalität Bismarcks, mit der Junkerbrutalität Wilhelms fertig geworden ist, er wird auch diese Zeit der Stürme überdauern, er wird uns zum Siege führen! (Stürmischer Beifall der Soz.)

Groener geht zum Angriff über.

„Ohne SA. wäre längst Ordnung in Deutschland!“

Abg. Göring (Noy.) spricht dem Kabinett Brüning das Mißtrauen aus, gibt ihm die Schuld an außerparlamentarischen Missetaten, schreißt den deutschen Völkern im Reichsgebiet — Hitler zu, behauptet einen deutschen Sieg in Danzig und erklärt, solange die Hitler-Partei da sei, werde Danzig nicht in polnische Hände fallen. Das Verbot der SA. und SS. betrachten wir als die moralische Abstützung des nationalen Freiheitswillens durch die Regierung. Diese Sturmabteilungen und Schutzstaffeln sind keine Privatarmee, sondern sie dienen ausschließlich dem Schutz unserer Partei gegen den Terror der Gegner. (Beifall rechts. — Unruhe und Zwischenrufe links.) Wenn das Material Esserings erst gerichtlich geprüft ist, wird die Beschuldigung des Landesverrats gegen uns in nichts zerflattern.

Wir wollen doch die Ressortgrenzen achten, für Landesverrat sind Sie (zu den Soz.) zuständig!

Die Sozialdemokraten protestieren erregt, man hört Zurufe: „Dieser Lump will uns beschimpfen“ usw. — Vizepräsident Esser ruf Göring zur Ordnung. Einige Sozialdemokraten verlangen die Ausschließung Görings, der nun fortfährt:

Ich frage den Reichskanzler, ob es richtig ist, daß Völkerverhetzung von Anarchisten in wiederholten Telegrammen das Verbot der SA. für die Abstützung des nationalen Freiheitswillens und für die weiteren internationalen Verhandlungen als dringend notwendig bezeichnet hat?

Reichskanzler Dr. Brüning: Darauf kann ich sofort antworten, daß in keinem Telegramm des Völkerverhetzers von Heisch von einem Verbot der SA. auch nur die Rede war. (Lebhafte Hör-Hör!-Rufe links. — Zuruf: Schon wieder eine nationalsozialistische Lüge zerplatzt!)

Abg. Göring fortführend: Während die SA. verboten wird, laßt man das Reichsbanner bestehen, das zum größten Teil aus Sozialdemokraten besteht, also aus Angehörigen einer Partei, die die Kriegsdienstverweigerung proklamiert hat. (Erregte Protestrufe der Soz. — Abg. Sölmann (Soz.): Sie sind ein Völkerverhetzer. — Abg. Dr. Fried (Noy.) verlangt dafür einen Ordnungsruf gegen Sölmann. — Abg. Sölmann: Ja, ich habe Göring wegen seiner vorliegenden Verleumdung meiner Partei einen Lügner genannt und wiederhole das! — Vizepräsident Esser ruf Sölmann zur Ordnung.) Ohne die SA. wäre die Ordnung im Innern überhaupt nicht erhalten worden. (Großes Geläch.) Die Rationalisozialisten werden Deutschlands Grenzen stützen, aber sie werden vorher mit den Verrätern im Innern aufräumen. (Lebhafte Beifall der Rationalisozialisten.)

Der Berliner Polizeipräsident Dr. Bell wird in der Nähe des Reichstages sichtbar. Hitler-Leute rufen laut: Hodor ist da, raus mit Hodor. — Göring winkt ab und legt darauf seine Angriffe auf die Sozialdemokraten fort. Er bleibt jedoch bei der allgemeinen Unruhe unverändert. Allgemeines Gelächter entsteht, als Vizepräsident Esser sagt: Ich erlaube den Abgeordneten, sich zu malen, der stehen den Redner einen „blöden Hammel“ genannt hat. — Ein Sozialdemokrat bekennt sich dazu und wird zur Ordnung gerufen. Auf die Frage des Vizepräsidenten, wer „Hodor“ gerufen hat (der Vorkaus des Polizeipräsidenten ist Bernhard), malen sich fast alle Rationalisozialisten, worauf sie zur Ordnung gerufen werden.

Abg. Göring schließt seine Rede mit der Erklärung, nach dem gemöglichen Wahlsieg seiner Partei müsse ein neuer Kurs einleiten. Das Kabinett Brüning müsse verschwinden, damit Deutschland leben könne. (Leb. Beifall der Noy.)

Abg. Dr. Fried (Noy.) fragt den Vorkausen, was der Polizeipräsident im Reichstag zu suchen habe. — Ein Kommunist ruf: „Der könnte Sachbells Bruder sein, wenigstens sieht er so aus!“ — Heiterkeit.

Zunehmend erregt der Reichsinnenminister Groener das Wort. — eigenhändig in großer Erregung, die ihm gleich zu Beginn das Reden schwer macht.

Reichsminister Groener:

Gegen die Bemerkung des Abg. Göring, das SA-Verbot bedeute die moralische Abstützung des deutschen Freiheitswillens, lege ich auf das ernstliche Verwahrung ein. (Leb. Zurufe rechts — Gegenrufe links. — Abg. Dr. Fried (Noy.) nach links: Infame Zurücken hat der da gesagt. Wir verlangen Ausschließung oder wir greifen zur Selbsthilfe! — Ministerpräsident Brüning, bis der Vizepräsident endlich wieder Ruhe schaffen kann.) Herr Abg. Göring hat in außerordentlich warmer Weise... (Gelächter der Mehrheit. — Rufe: „Köhm II“) die Vaterlandsliebe der SA. gerühmt. Es war aber für die Staatsautorität nicht erträglich, daß 400 000 tatbegierige junge Leute nur ihrem Parteiführer zur Verfügung stehen, und nicht dem Staat.

Ich kann hier nicht das Material vorbringen, das uns in die Hände gefallen ist, aber einiges muß einmal gesagt werden zur Erläuterung der Worte Hitlers in Danzig. (Erregte Zwischenrufe der Abg. Göring und Frank II.) Beide stürzen herein und gestikulieren nach der Rednertribüne, bis Göring unter stürmischen Gelächter des ganzen Hauses Frank II mit einer heftigen Armabewegung zurückdrängt. Nachdem die Ruhe wiederhergestellt ist, fährt Reichsminister Groener fort:

Sie steht schwarz auf weiß: „Kleine polnische Vandalen sind abzuwehren. Sobald ein Aufmarsch regulärer Truppen erfolgt, rückt die SA. in die befallenen Vereitlungsräume.“ Als Grund ist angegeben: „Wir wollen unserem Führer unbedingt die SA. zur Verfügung halten. (Zuruf der Noy.: Na, Ihnen doch nicht etwa! — Zuruf links: Das ist das Bekenntnis des Landesverrats! — Stürmische Bewegung im ganzen Hause.)

Wenn unsere Grenzen bedroht werden, dann müssen wir von jedem deutschen verlangen, daß er sich dem Reich zur Verfügung stellt, einschließlich der SA. und einschließlich Hitlers. (Beifall der Mehrheit, Baden und Unruhe der Noy.) Die SA. war bis zum Herbst 1930 verhältnismäßig harmlos. Erst mit dem Erscheinen des Hauptmanns Köhm ist ein neuer Zug in die SA. gekommen. (Große Heiterkeit links und Rufe: Ein warmer Zug!) In der Tat, daß die ganze SA. in der Hand eines einzelnen Mannes ein unbedingt gefährliches Werkzeug ist, liegt eine besondere Gefahr. Ich erinnere nur an den Hitler-Putsch (andauernder Lärm der SA.).

Die Forderung eines Verbots des Reichsbanners konnte nicht begründet werden, denn die SA. sind gegen den Staat eingestellt, das Reichsbanner dagegen für den Staat.

(Lärm und Lachen der Noy.) Der Minister verliert seinen Brief an den Reichspräsidenten, worin er die Gründe vorlegt, aus denen nach seiner Meinung das Reichsbanner nicht zu verbieten ist; Minister Groener fährt fort: Wenn Abg. Göring behauptet, ohne die SA. gäbe es keine Ruhe und Ordnung in Deutschland, so antworte ich, ohne die SA. hätten wir seit Jahren Ruhe und Ordnung im Staate. (Stürmischer Beifall der Mehrheit.)

Wenn Abg. Göring die Vaterlandsliebe nur für seine Partei in Anspruch nimmt, so ist das eine unerbittliche Zumutung.

Die Vaterlandsliebe hat in allen Parteien ihre Stätte, und ich will dafür wirken, daß sie im ganzen deutschen Volke immer stärker wird. (Beifall der Mehrheit. — Lärm und Lachen der Noy.)

Ströher enthüllt sich.

Abg. Ströher (Noy.): Ich beantrage, daß diese Groener-Rede von den Schallplatten in ganz Deutschland verbreitet wird (Heiterkeit), und daß wir eine Pause machen, damit das Reichskabinett darüber entscheidet, ob dieser Mann weiterhin

die öffentliche Sicherheit gewährleisten und die Kräfte führen kann. (Die Noy. begleiten diese Worte Ströhers mit lautem Beifall und Gelächter.)

Die Sitzung wird unterbrochen.

Vizepräsident Esser weist Ströher wegen dieser persönlichen Beleidigung des Ministers aus dem Saal. Die Rationalisozialisten protestieren lärmend. Ströher bleibt im Saal, seine Freunde bringen Heilrufe auf ihn aus, beschließen auf die SA.

Ungeheurer Lärm im ganzen Hause. Gegen 6 Uhr verläßt der Vizepräsident seinen Platz, womit die Sitzung unterbrochen ist.

Der Ausschluß Ströhers zurückgenommen.

Im der Pause tritt der Reichsenrat zusammen. Gegen 7 Uhr wird die Sitzung von Vizepräsident Esser wieder eröffnet. Er teilt mit, daß das Stenogramm eine nicht so scharf beleidigende Fassung der Äußerung Ströhers ergibt, als zuerst verstanden worden war (öffentliche Sicherheit gewährleistet, nicht gefährdet). Die Ausschließung wird zurückgenommen und nur ein Ordnungsruf verhängt. (Zurufe der Komm.: Alles in Butter!)

Abg. Dr. Bell (Soz.): Die Notwendigkeit der Verbote gegen NSD. und SA. ist vollumfänglich erwiesen. Der Reichswahrscheinlicher, der den Noy. den Eintritt in die Reichswehr ermöglicht hat, sollte gegen den Vorwurf einer Voreingenommenheit gegen sie wohl geschützt sein. Beide Volksschichten haben eine starke Abneigung gegen alle Parteiwahren. Als der Redner das Gotteslohn-Verbot rechtfertigt, wird er von den Kommunisten vielfach unterbrochen. Nachdem er die Hohlheit der Ströher'schen Rettungsvorschläge gründlich erwiesen hatte, schloß Dr. Bell mit außenpolitischen Betrachtungen.

Noch neunstündiger Dauer verlagte sich das Haus um 8 Uhr abends auf heute, Mittwoch, 19 Uhr: A. Beratung des Schuldenstilgungs- und Antiehegesetzes. Fortsetzung der politischen Debatte, Anträge und Staatsverträge.

Gefährdung der Rechtspflege.

Demokraten als Richter wegen „Befangenheit“ abgelehnt. Justizminister erklärt seine Ohnmacht.

Dresden, 19. Mai. (Eigenbericht.)

In Chemnitz wurden vor einiger Zeit in einem politischen Prozeß vor dem Landgericht zwei der Staatspartei angehörende Richter, und zwar der frühere Reichstagsabgeordnete Brodow und Landgerichtsrat Cohn, von nationalsozialistischen Angeklagten abgelehnt, weil sie als Staatsparteiliche und Cohn als Jude nicht über die Nazis zu Gericht sitzen könnten. Eine Kammer des Landgerichts unter dem Vorbehalt des Landgerichtsdirektors Hoffmann erklärte diese Ablehnung für begründet.

Am Dienstag beschloß die Sachliche Landtag auf Grund eines sozialdemokratischen Antrags und einer Anfrage der Staatspartei mit diesen Vorgängen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Bödel forderte in der Begründung des Antrags, daß zu Staatsrichtern nur verfassungstreue Richter zu ernennen seien. Es sei auch an der Zeit, die Frage zu prüfen, ob die Unabhängigkeit der Richter noch zu verteidigen sei.

Der Justizminister erklärte, der Beschluß, die beiden Richter wegen ihrer politischen Betätigung abzulehnen, sei auch nach seiner Meinung bedenklich. Eine Ablehnung von Richtern dürfe wegen ihrer politischen Stellung nur dann in Frage kommen, wenn besondere Umstände vorliegen, wie z. B. mangelhafte Taft oder Nennungsfähigkeit. Das Justizministerium sei jedoch verfassungsmäßig nicht in der Lage, an der Entscheidung etwas zu ändern. Auch ein Vorgehen gegen die an der Entscheidung beteiligten Richter scheide aus, doch habe das Ministerium die Staatsanwaltschaft in Chemnitz angewiesen, in künftigen Strafverfahren die Anklage des Ministeriums geltend zu machen.

In der Debatte wies der frühere sächsische Justizminister Neumann (Soz.) nach, daß auf Grund der bestehenden Bestimmungen des Ministeriums sehr wohl in der Lage wäre, den Landgerichtsdirektor Hoffmann auf einen anderen Posten zu versetzen, weil sein Verbleiben in seiner bisherigen Stellung die Interessen der Rechtspflege gefährdet.

Bürgermeisterwahl in Frankfurt a. M.

Wieder ein Sozialdemokrat zweiter Bürgermeister.

Frankfurt a. M., 19. Mai. (Eigenbericht.)

Zum zweiten Bürgermeister von Frankfurt a. M. wählte heute abend die Frankfurter Stadterordnetenversammlung in nichtöffentlicher Sitzung an Stelle des aus Altersgründen ausscheidenden Sozialdemokraten Graf mit 48 von 78 Stimmen den ebenfalls der Sozialdemokratie angehörenden Stadtrat Dr. med. Schläpfer, der seit 1915 ehrenamtlicher Stadtrat war und seit 1921 als beauftragter Stadtrat das Frankfurter Gesundheitswesen leitete. Bei dieser Wahl gingen Sozialdemokratie, Staatspartei, Zentrum und Volkspartei gemeinsam vor. Die Nazis und Nationalsozialisten versuchten vergeblich, im letzten Augenblick durch die Aufstellung eines sozialparteilichen Kandidaten das Hauptamt junichte zu machen. Sie erhielten 14 Stimmen für einen Volksparteiler, 10 Stimmen wurden für den Kommunisten abgegeben und 6 Stimmen blieben zerstreut.

Das Kölner „Mißverständnis“.

Termin gegen Ley am 14. Mai.

Wie dem „Katholischen Breussischen Volksdienst“ aus dem preussischen Justizministerium mitgeteilt wird, ist in dem Kölner Strafverfahren gegen den Abg. Dr. Ley und Genossen wegen Mißhandlung des Abgeordneten Wels und des Vizepräsidenten Kaufmann nunmehr Hauptverhandlungstermin im beschleunigten Verfahren für Samstag, den 14. Mai, in Aussicht genommen.

Die vor einigen Tagen von der Justizpressestelle in Köln verbreitete Nachricht, daß der Abgeordnete Wels noch nicht rechtsfähig sei, beruht auf einem Mißverständnis (?). Die Angelegenheit wird noch nachgeprüft.

Nazipräsident in Württemberg.

Vorläufig nur im Landtag. — Der Staatspräsident wird später gewählt.

Der neue Württembergische Landtag, der am Dienstag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentrat, hat die Wahl des Staatspräsidenten auf unbestimmte Zeit vertagt. Landtagspräsident wurde mit 53 gegen 14 sozialdemokratische und 7 kommunistische Stimmen der Nationalsozialist Wergentzler. Der Präsident des ersten Landtags, der Sozialdemokrat Pfleger, wurde zweiter Vizepräsident.

Sozialversicherung in Not.

Der Invalidenversicherung muß geholfen werden.

Am 10. Mai trat der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags zusammen, um den Bericht des Unterausschusses über die Lage der Sozialversicherung entgegenzunehmen. Der Berichterstatter Abg. Karsten (Soz.) teilte mit, daß der Unterausschuss über die vorliegenden Änderungsanträge zur Rechtsverordnung vom Dezember 1931 noch nicht entschieden hat, da sich inzwischen die Finanzlage der Invalidenversicherung so katastrophal verschlechtert hat, daß nach einstimmiger Auffassung des Unterausschusses in erster Linie die Einnahmen der Invalidenversicherung ausreichend gestaltet werden müssen, um ihre überhaupt die Erfüllung ihrer heutigen Verpflichtungen zu ermöglichen. Der Beitragsrückgang ergibt sich aus folgenden Zahlen:

	Beitragssumme im Durchschnitt	
1929	90 Millionen Mark monatlich	
1930	89	
1931	70	
1932	52	(1. Quartal)

Einschließlich der Zinsen und Ueberweisungen aus den Zolleinnahmen kann für dieses Jahr mit höchstens 60 bis 65 Millionen Mark monatliche Gesamteinnahme gerechnet werden, während die Ausgaben durchschnittlich 80 Millionen Mark für Renten, 4 Millionen Mark für Heilverfahren und 6 Millionen Mark für Verwaltung betragen.

Der Unterausschuss verlangt dringlich, daß das Reich zunächst die Möglichkeit schafft, daß die Invalidenversicherung ihre Vermögensbestände flüssig machen kann. Darüber hinaus fordert der Unterausschuss eine beschleunigte Sanierung. Er unterbreitete dem Sozialpolitischen Ausschuss die folgende Entscheidung, die einstimmig Annahme fand und vom Plenum des Reichstags morgen verabschiedet werden soll:

„Die Reichsregierung zu ersuchen, die zur Erhaltung der Liquidität der verschiedenen Zweige der Sozialversicherung notwendigen Maßnahmen durch die Reichsregierung unverzüglich zu treffen.

Die Bereitstellung und Sicherung der ordnungsgemäß erworbenen Renten für über 3½ Millionen Empfänger allein aus der Invalidenversicherung, die sonst aus der öffentlichen Fürsorge ganz oder teilweise unterhalten werden müßten, erfordert mindestens das gleiche Maß des Einkommens der Reichsregierung, wie es bei den Maßnahmen für andere Wirtschafts- und Bevölkerungskreise, wie zur Hilfe für die Banken, die Industrie und die Landwirtschaft sichtbar geworden ist.“

Protestbewegung in Danzig.

Grobina gegen das Naziregimen.

Danzig, 10. Mai. (Eigenbericht.)

Gegen das Verbot der Danziger „Volksstimme“ hat die Sozialdemokratische Partei eine Protestversammlung auf Mittwoch abend in die größte Halle der Stadt einberufen. Der Verband der Danziger Presse, dem nur bürgerliche Journalisten angehören, hat gegen das Verbot Schritte unternommen. Die Protestkundgebungen der Arbeiterschaft häufen sich. Das Verbot soll u. a. deshalb erfolgt sein, weil die „Volksstimme“ erklärt hat, daß der Chef der Danziger Regierung, der Deutschnationale Dr. J. J. J. nicht verhalten könne, um sich am Ruder zu halten. Tatsache ist, daß die Regierung ohne Unterstützung der Nazis keine Mehrheit im Reichstag hätte.

Der Völkerbundskommissar Graf Grobina hat in seinem jüngsten Bericht an den Rat des Völkerbundes sich nicht nur gegen die nationalistischen Umtriebe in Polen, sondern auch gegen das Naziregimen in Danzig gewendet; sowohl die polnische als auch die Danziger Regierung wären dem feinerzeit vom Rat des Völkerbundes gegebenen Empfehlungen, die öffentliche Meinung in den beiden Ländern zu beruhigen, nicht in genügender Weise nachgekommen. Es ist demnach zu erwarten, daß der Rat verurteilt wird, diesen Empfehlungen stärkeren Nachdruck zu verleihen.

Bauernaufstand in Südslowenien.

Scharfe Nachrichtenperre.

Wien, 10. Mai. (Eigenbericht.)

In Jugoslawien soll eine Revolte gegen die Regierung ausgebrochen sein. Die Regierungstellen demonstrieren die Gerüchte noch. Soweit scheint aber sicher, daß ein ernstlicher Bauernaufstand ausgebrochen ist. Sein Umfang läßt sich im Moment nicht beurteilen.

Zu der nordwestlichen Grenzstadt Marburg sollen vier Offiziere wegen Vorbereitung eines Komplotts verhaftet worden sein, das die Freundin eines der Offiziere den Militärbehörden verraten habe. Ein Offizier sei aus der Haft nach Österreich geflüchtet. In der Nacht zum vergangenen Sonnabend seien bereits zwei andere Offiziere entflohen; der eine jedoch wurde in einem Marburger Hotel entdeckt und hat sich vor seiner Verhaftung erschossen.

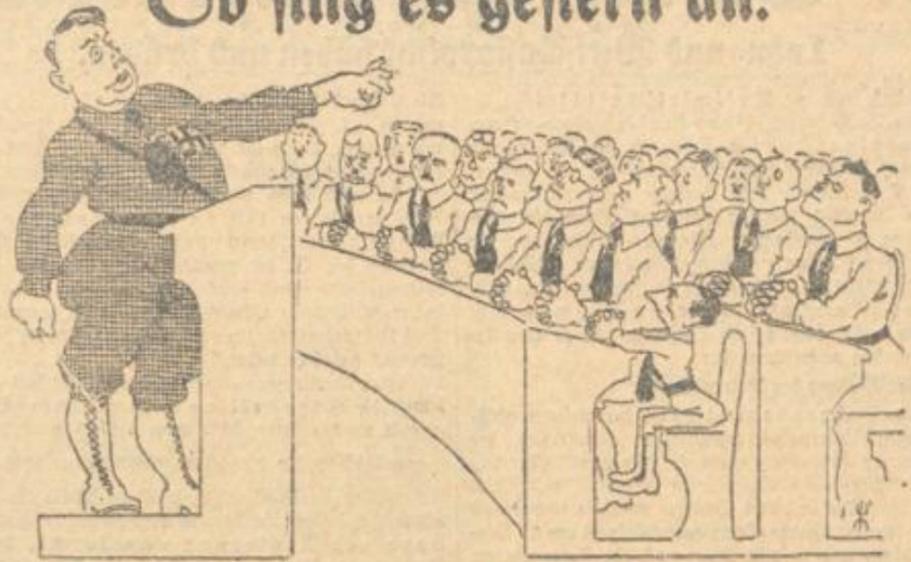
Prof. Karl Schner erkrankt. Die die „Nationalliberale Korrespondenz“ leitende, ist Reichstagsabgeordneter Prof. Karl Schner an Bauchfellentzündung erkrankt und hat vom Reichstag einen Urlaub von sechs Wochen erbeten. Schner steht kurz vor Vollendung des 83. Lebensjahres.

Neun Schauspielereizstümmen festgestellt. Die Hamburger Polizei nahm sieben Nationalsozialisten fest, die geständig sind, am 2. Mai d. N. die Scheiben eines Lokals eingeworfen zu haben, in dem Sozialdemokraten verkehren. Gleichzeitig wurden zwei Nationalsozialisten ermittelt, die im Verdacht stehen, die Schauspielerei der Fikale des Konsumvereins „Produktion“ zuzustimmen zu haben. Einer der Festgenommenen hat gleichfalls gestanden.

Bräutigam Heil Strofantrag. Der Reichstagsabgeordnete hat in seiner Eigenschaft als Reichsminister des Auswärtigen gegen die nationalsozialistische „Freiwirtschaftliche Zeitung“ in Rönigsberg wegen Beleidigung des Deutschen Gesandten in Rom, Moroh, Strofantrag gestellt.

Die Regierungsbildung in Wien hat Landwirtschaftsminister Dr. Dollfuß (Christl.) übernommen. — Auf sozialdemokratischen Antrag hat der Nationalrat beschlossen, daß der Verfassungsausschuss über die Aufhebungsanträge bis Donnerstag vormittags zu berichten und der Nationalrat am gleichen Nachmittag darüber zu entscheiden hat. Großdeutsche und Heimwehr stimmten mit dafür, die beiden Regierungsparteien, Christlichsozialen und Landbund, dagegen.

So fing es gestern an.



Aber man soll den Tag nicht schon im „Abend“ loben.

Frankreichs neuer Präsident

Senator Lebrun gewählt / Sozialisten stimmten für Paul Faure

Paris, 10. Mai. (Eigenbericht.)

Die Nationalversammlung wählte am Dienstag Senator Lebrun mit 633 Stimmen zum Präsidenten der französischen Republik. Für Paul Faure wurden 114 Stimmen der Sozialdemokraten, für Painlevé 12 und für Sachin 8 Stimmen abgegeben; weiße Zettel wurden 49 abgegeben. Die Zahl der Abstimmenden betrug 826.

Punkt 2 Uhr betrat Senatspräsident Lebrun, begleitet von Mitgliedern des Büros des Senats, unter lebhaftem Beifall den Sitzungssaal, der sich in wenigen Minuten füllte. Die Tribünen waren bis auf den letzten Platz besetzt; nur die für die Verwandten und Bekannten des Staatspräsidenten reservierte Tribüne in der rechten Ecke des Saales war leer. Sie trug Trauerschmuck. Um 2.10 Uhr eröffnete der Präsident die Sitzung mit einer kurzen Gedenkrede auf den ermordeten Präsidenten Doumer, die vom ganzen Hause mit Ausnahme von drei Kommunisten stehend angehört wurde. Nach der Verlesung des Artikels der Verfassung über die Präsidentenwahl und des Einberufungsdekrets für die Versammlung wurden durch Los 36 Stimmzähler und 12 Stellvertreter bestimmt. Der Präsident bezeugte dann durch Aufschlagen eines alphanumerischen Registers den Buchstaben M. Um 2.20 Uhr begann die Abstimmung.

Als erster stimmte der nationalistische Abgeordnete Macouin ab. Als der Name Lardieu aufgerufen wurde, riefen einige kommunistische Abgeordnete: „Nieder mit dem Krieg!“ Behaltend Beifallstischen auf der Rechten antwortete diesem Ruf, was die Sozialisten veranlaßte, gleichfalls gegen Lardieu zu manifestieren. Unter lebhaftem Gepläts auf der Linken und einem Beifallssturm auf der Rechten verließ Lardieu die Tribüne, nachdem er seinen Stimmzettel abgegeben hatte. Das gleiche wiederholte sich bei Canal, während Senator Chéron und Herriot von seinen der Links- und Mittelparteien mit lebhaftem Beifall begrüßt wurden. Um 4.15 Uhr war die Abstimmung beendet. Die Sitzung wurde zur Auszählung der Stimmen unterbrochen. Eine halbe Stunde später wurde das Ergebnis zuerst in den Wandelgängen bekannt.

Um 4.50 Uhr wurde die Sitzung unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten des Senats Rabier wieder eröffnet. Der Präsident verlas das Ergebnis, das mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Die meisten Mitglieder der Versammlung hatten sich von ihren Sitzen erhoben. Die Kommunisten riefen wieder: „Nieder mit dem Krieg!“

Als die für Paul Faure abgegebenen Stimmen bekanntgegeben wurden, applaudierten die Sozialisten, während die Rechte lärmte. Nachdem das Protokoll der Sitzung ohne Widerspruch angenommen worden war, erklärte der Präsident die Nationalversammlung für geschlossen.

Der neue Präsident begab sich darauf in Begleitung mehrerer Mitglieder der Regierung und zahlreicher Kongreßmitglieder in einen neben dem Sitzungssaal gelegenen Raum, wo ihn der Vizepräsident Rabier und Ministerpräsident Lardieu zu seiner Wahl beglückwünschten. Zu gleicher Zeit übergab Lardieu in seiner Eigenschaft als geschäftsführender Staatspräsident dem neuen Präsidenten die Geschäfte. Lebrun dankte in einer kurzen Rede, in der er noch einigen Gedenkworten auf Doumer erklärte, daß er sein Amt unparteiisch ausüben und für den Frieden nach innen und nach außen arbeiten werde, den alle Franzosen wünschten. Die Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen. Von dem Ministerpräsidenten geleitet verließ Lebrun zwischen einem Truppenpater das Palais und betrat, während eine Militärkapelle die Marschmusik spielte, einen mit der Präsidentenstandarte geschmückten Kraftwagen, der ihn unter Kavalleriebegleitung nach Paris brachte. Bei der Abfahrt und auf dem Wege nach Paris wurden dem neuen Präsidenten lebhafteste Sympathiebekundungen dargebracht. Der Präsident begab sich zunächst zum Elysee, wo er sich vor der Reihe seines Vorgängers verneigte.

Lebruns Lebenslauf.

Der neue Staatspräsident Lebrun ist am 28. August 1871 in Mercy-le-Haut in Lothringen geboren. Er war bis 1900 Berg-bergbauingenieur. Im Jangung wurde er 1900 zum erstenmal in die Kammer gewählt, der er bis 1920 angehörte. Lebrun war einige Jahre Vizepräsident der Kammer und mehrerer Kolonial-, einmal Kriegesminister und Minister für die besetzten Gebiete. 1920 wurde er in den Senat entsandt. Bis jetzt war Lebrun Präsident des Verwaltungsrats der von Poincaré geschaffenen Schuldentilgungskasse und Vorsitzender des Landesamts für Kriegsschädigte. Eine Zeitlang hat Lebrun Frankreich auch im Völkerbund vertreten.

Erklärung der Sozialisten.

Paris, 10. Mai. (Eigenbericht.)

Die sozialistische Parlamentsfraktion nahm vor Beginn der Sitzung des Kongresses folgende Entscheidung an:

„Die Fraktion bedauert, daß durch das Zusammenwirken der verfassungsmäßigen Bestimmung und eines bedauerlichen Ereignisses die Wahl des ersten Beamten der Republik einer Versammlung anvertraut ist, die nicht mehr dem bei den Wahlen zum Ausdruck gekommenen klaren Volkswillen entspricht. Sie erklärt, daß sie selbst in Anbetracht der Landestrouer ihre Stimme für keine Kandidatur abgeben kann, die der Formation der nationalen Einheit entspricht, welche das Land verurteilt hat. Sie hat beschlossen, ihre Stimmen auf dem Namen Paul Faure zu vereinigen, dessen Wahlniederlage in Le Creuzot das Symbol der Bestechungskampagne und des Druckes der Unternehmer gewesen ist.“

Kabinet Lardieu zurückgetreten.

Präsident Lebrun machte am Dienstag der Witwe Doumers einen Besuch und begab sich dann in Begleitung des Ministerpräsidenten zum Triumphbogen, wo er am Grabe des unbekanntem Soldaten einen Kranz niederlegte. Schließlich wurde Lebrun nach dem Palais des Senatspräsidenten geleitet, wo er bis nach der Beerdigung Doumers wohnte. Dort hatte sich inzwischen das gesamte Kabinett eingefunden, dessen Demission Lardieu überreichte. Der neue Präsident nahm das Rücktrittsgesuch an und bot die Minister, bis zur Bildung einer neuen Regierung nach dem Zusammentritt der Kammer die Geschäfte weiterzuführen.

In dem Rücktrittsschreiben heißt es zum Schluß: „Unser Ministerium löst bei seinem Rücktritt mit Stolz eine gesunde Lage zurück: ein ruhiges und wohlgeordnetes Frankreich, eine gewährleistete Sicherheit, eine gegen die Weltkrisis verteidigte Produktion, eine Arbeitslosigkeit, die Wenig geringer ist als die unserer Nachbarn, eine intakte solide Währung, ein rechtzeitig verabschiedetes Budget, eine um 20 Milliarden verringerte öffentliche Schuld, eine Friedens- und Reparationspolitik, die von den Parteien fast einstimmig gebilligt wurde. Möchte diese Garantie unserem Lande weiter erhalten bleiben.“

Der Kleinkrieg in der Mandchurei.

Die mandchurische Frage vor dem Völkerbundsrat.

Der Völkerbundsrat hat gegen Ende seiner Dienstag-Sitzung den in der vorigen Woche eingegangenen ersten Bericht der Mandchurei-Untersuchungskommission zur Kenntnis genommen und ihn der Völkerbundsversammlung überwiesen. Der japanische Delegierte erneuerte bei dieser Gelegenheit den Vorbehalt seiner Regierung gegen die Befassung der Völkerbundsversammlung mit der mandchurischen Frage.

Japan verstärkt seine Truppen.

In der Mandchurei wird weitergekämpft. Nach Meldungen des japanischen Oberkommandos wurden in der Mandchurei in den letzten drei Monaten 102 japanische Offiziere und Soldaten getötet und über 500 verwundet. Nach chinesischen Angaben werden die japanischen Verluste auf über 1500 Tote und Verwundete geschätzt.

Am 8. Mai unternahm eine Gruppe japanischer Flugzeuge einen Angriff westlich von Tschitar auf die Truppen des Generals Ma. Der Kampf dauerte über 3½ Stunden. Die Flugzeuge haben über 100 Bomben abgeworfen. Zahlreiche Verwundete und Tote blieben auf dem Felde. Ein japanisches Flugzeug wurde notlanden. Sein Schicksal ist ungewiß.

Die 14. japanische Division ist am 10. Mai in Dairen eingetroffen, wo sie zu den sechs Divisionen steht, die die militärische Macht Japans in Korea und der Mandchurei bilden. Japan hat also augenblicklich sieben Divisionen in der Mandchurei.

Deutsche Journalisten verhaftet.

Genf, 10. Mai.

Der chinesische Gesandte Yen hat dem Generalsekretär des Völkerbundes einen telegraphischen Bericht übermittelt, wonach einige deutsche Journalisten, die den Untersuchungsausschuss des Völkerbundes begleiten, in Tschangtschun in Haft liegen. Die Namen der deutschen Journalisten sind nicht angegeben. Es wird ferner mitgeteilt, daß die Kontrolle der Japaner über den Untersuchungsausschuss begleitenden Vertreter Chinas, Wellington Ku, unerträglich geworden sei. Bei einem Besuch amerikanischer Missionare bei Wellington Ku seien Japaner in das Zimmer eingedrungen und hätten Angabe der Namen und des Gesprächsinhalts verlangt.

Die Schuld der Unternehmer.

Lohn- und Wirtschaftspolitik hüben und drüben.

Wie ommt es, daß trotz der Weltwirtschaftskrise, die alle Länder in ihren Bann schlägt, Frankreich zwar nicht verschont, aber doch weniger hart getroffen ist als die anderen großen Industrieländer, besonders Deutschland, England und die Vereinigten Staaten? Man hat für diese Tatsache viele Erklärungen gegeben: der bessere Ausgleich zwischen Stadt und Land, die abgestoppte Einwanderung, der niedrigere Zinsfuß — Umstände, die auch für die Vereinigten Staaten zutreffen. Wie kommt es aber — für Europa eine Anomalie —, daß in Frankreich die kommunistische Partei abnimmt und der Faschismus nicht Wurzel schlagen kann? Für diese beiden Tatsachen gibt es eine Erklärung, die einigermaßen ausreichend ist:

Die Haltung der Unternehmer.

Vor uns liegt der Jahresbericht 1931 der weitaus größten und bedeutendsten Unternehmerorganisation Frankreichs, der „Union des Industries Métallurgiques et Minières“ (Vereinigung der Metall- und Bergbauindustrien). In ihm wird darauf hingewiesen, daß 1931 die Krise in voller Schwere auch die französische Industrie traf: „Die durchschnittliche Beschäftigungsverlängerung ist um 25 Prozent vermindert worden, und es gibt kaum noch ein Unternehmen, wo das Personal nicht zwei Tage die Woche feiert, einige unserer Industrien arbeiten in gewissen Bezirken nur 24 Stunden die Woche...“ Es wird dann auf die Rundschreiben und Empfehlungen der Vereinigung aufmerksam gemacht. Welcher Art diese Empfehlungen waren, geht aus folgenden Sätzen hervor:

„Angesichts des Hauptproblems dieses Jahres, die

Anpassung der Zahl der Arbeitskräfte an die wirtschaftliche Lage,

war die Haltung der Unternehmer überall die gleiche. Sie waren zunächst von dem Wunsche geleitet, die Räte der Familien ihrer Arbeiter während der schwierigen Verhältnisse nach Möglichkeit zu mildern. Sie waren auch bemüht, die Arbeitskräfte zu behalten, die sie brauchen werden, sobald die Krise vorbei und der Beschäftigungsgrad ihrer Unternehmungen wieder ein normaler sein wird...“

Die Entlassungen wurden auf ein Mindestmaß beschränkt

und nur im äußersten Notfall vorgenommen. Soweit wie möglich und solange die technischen Notwendigkeiten es zuließen, wurde die Zahl der täglichen Arbeitsstunden oder der wöchentlichen Arbeitstage herabgesetzt, um die Höchstzahl von Arbeitern zu beschäftigen.“

Es handelt sich, wie aus den nachher mitgeteilten Zahlen hervorgeht, nicht um eine Schönrederei. Das ergibt sich auch aus dem Abschnitt, der von den Löhnen handelt. Es heißt da:

„Lange Zeit — wir haben das auf jeder unserer monatlichen Tagungen festgestellt — haben die Leiter der Industrie, die doch die Unsicherheit der Zukunft infolge des Nachlassens der Aufträge kennen, davor zurückgeschreckt, Lohnreduzierungen ins Auge zu fassen, indem sie

ihre Anstrengungen zur Kostenverminderung den anderen Elementen der Produktionskosten zuwandten.

Die Lebenshaltungskosten halten sich nicht genügend gesenkt und sie (die Unternehmer) zögerten bis zur äußersten Grenze, die Löhne ihrer, durch die Verminderung der Zahl der Arbeitsstunden bereits schwer betroffenen Arbeiter herabzusetzen.“

Es wird dann weiter angeführt, daß während eines großen Teils des Jahres 1931 in den Konkurrenzländern die Löhne gesenkt wurden, ohne daß das gleiche in Frankreich geschehen sei. In der zweiten Hälfte des Jahres seien die Lebenshaltungskosten jedoch stark zurückgegangen. „Dann erst haben die Leiter der Industrie, durch die Lage dazu gezwungen, in wachsender Zahl Lohnreduzierungen vornehmen müssen, die sie in möglichst engen Grenzen gehalten haben.“

Noch schwieriger — so fährt der Bericht fort — sei die Situation, soweit die Angestellten in Frage kämen. Soweit die Gehälter gesenkt worden seien, habe man vielfach ausdrücklich vermerkt, daß

grundsätzlich die bisherigen Gehälter aufrecht erhalten bleiben

und wieder in Kraft gesetzt würden, sobald die wirtschaftliche Lage sich wieder bessern werde. Es wird dann schließlich die schwierige Lage der Regierung anerkannt, die dem Glanz der Arbeitslosen steuern müsse und gleichzeitig den Haushalt im Gleichgewicht zu erhalten habe. Diese Zurückhaltung der Unternehmer ist um so bemerkenswerter, als die französische Regierung durch eine Verordnung die Arbeitslosenunterstützung (zu der die Regierung Zuschüsse in Höhe von 60 bis 90 Prozent gibt), erhöht hat auf 26 Franken (4,32 M.) täglich im Höchstfalle für Verheiratete mit fünf Kindern und auf 7 Franken für Alleinstehende.

Wie die französischen Industriellen tatsächlich sich bemüht haben, Entlassungen zu vermeiden, geht aus den fortlaufenden Erhebungen der Arbeitsinspektion in den Betrieben mit mehr als hundert Beschäftigten hervor.

Während am 1. Dezember 1930 noch 93,61 Prozent der Beschäftigten voll arbeiteten, war dieser Prozentsatz bis zum 1. März 1932 auf 43,84 Prozent gesunken.

Die Zahl der Beschäftigten in diesen Großbetrieben (ohne Eisenbahn und Schifffahrt) ist daher während dieser Zeit nur um 480 000 zurückgegangen.

Ist es noch nötig, diese Haltung der französischen Industriellen in Vergleich zu stellen mit der ihrer deutschen Kollegen? Die französischen Industriellen sind sich darüber klar, daß man nicht die Arbeiter und Angestellten einfach auf die Straße setzen kann, ohne die Unterstützung aus öffentlichen Mitteln ins Ungemessene zu steigern, die auch wieder nur aus Steuern fließen können. Wenn man also wissen will, warum in Deutschland die Wirtschaftskatastrophe ins Unermessliche gewachsen ist, Kapitalismus und Kommunismus florierten, während in Frankreich noch eine — wenn auch nur relative — wirtschaftliche und politische Ausgeglichenheit besteht, dann muß man sich der vorichtigen, abwägenden und maßvollen Lohn- und Wirtschaftspolitik der französischen Unternehmer erinnern und damit die brutale, großentwärtige, maßlose Lohn- und Wirtschaftspolitik der deutschen Unternehmer vergleichen.

demokratischen Stadtverordnetenfraktion wesentlich beeinflusst worden. Die Gewerkschaften hatten sich Mitte April mit der Sozialdemokratischen Partei in Verbindung gesetzt, und dem Einfluß der sozialdemokratischen Vertreter im Berliner Rathaus ist es zu verdanken, daß es gegenwärtig zu keinem offenen Konflikt, sondern zu einer Verlängerung der Verträge gekommen ist.

Schwieriger ist die Lage bei der Bewag. An sich ist die Bewag-Direktion nicht abgeneigt, einen neuen Vertrag abzuschließen, sie verlangt nur, daß Komba, GdM und DdM gleichfalls vorteilhafte Tarifverträge erhalten werden. Die vier beteiligten freien Gewerkschaften haben jedoch die Herannahende dieser drei bürgerlichen Organisationen abgelehnt. Bei den letzten Angestelltenratswahlen haben sich die 2600 Angestellten der Bewag zu 99 Prozent für die freien Gewerkschaften erklärt, lediglich 100 Angestellte haben für die Listen des GdM, bzw. DdM gestimmt. Für den Komba, eine Beamtenorganisation, wurde überhaupt die sachliche Qualifikation verneint, für Angestellte einen Tarifvertrag abzuschließen zu können. Diese Stellungnahme der freien Gewerkschaften wurde sowohl mündlich wie schriftlich der Bewag-Direktion übermittelt.

Nach Pfingsten will man sich von neuem an den Verhandlungen setzen, und es wird da aller Kraft der beteiligten Angestellten bedürfen, um die Position der freien Gewerkschaften zu stärken. Verlangt doch die Bewag in ihren Tarifverträgen, daß die automatisch wirkenden Bestimmungen der Besoldungsordnung in Zukunft in Fortfall kommen sollen, und nur noch nach dem Leistungsprinzip entlohnt wird. Dadurch würden einige technische Angestellten, wie die Werkmeister, bis zu 180 Mark Gehaltseinbuße im Monat haben. Daneben werden noch eine ganze Reihe anderer empfindlicher Verschlechterungen verlangt.

Es wird also, wie gesagt, von der Aktivität der Geldheber abhängen, welches Geld sie für sich ab 1. Oktober 1932 erheben dürfen.

Immer tiefer!

Der Lohnabbau bei den Steinsehern.

Gestern wurde vom Tarifamt für das Berliner Steinsehergewerbe unter Vorsitz des Präsidenten des Berliner Arbeitsgerichtes Depene ein Schiedsspruch gefällt. Das Tarifamt hat einen „Angleichungsanspruch“ gefällt, der bis jetzt im ganzen Reich beispiellos dastehen dürfte. Der Schiedsspruch will die Löhne der Berliner Steinseher ab 1. Mai von 1,49 Mark auf 1,16 Mark, also um fast 23 Proz., und die der Kammer von 1,34 auf 0,99 Mark, oder um mehr als 26 Proz., heruntersetzen.

Die Bekanntgabe dieses Schiedsspruches durch den Bevollmächtigten der Berliner Steinseher, Genossen Reische, schlug in der gestrigen Generalversammlung der Organisation im Gewerkschaftshaus wie eine Bombe ein. Durch die Generalversammlung raste ein wahrer Orkan der Entrüstung. In der Aussprache hoggelte es unaußhörlich harte, aber berechtigte Worte der Kritik an der Neuaufgabe des Lohnabbaues, für die der Reichsarbeitsminister mit seinem bekannten Hinweis auf die noch notwendige „Angleichung einiger überhöhter Löhne“ den Anstoß gegeben hat. Und in dieser Generalversammlung saßen fast ausnahmslos gereizte und zum Teil in schwerster körperlicher Arbeit ergraute Männer. Einmütig brachte die Versammlung zum Ausdruck, daß es sowohl gegen den Schiedsspruch für das Steinsehergewerbe wie gegen alle ähnliche für die übrigen Berufsgruppen noch zu erwartenden Schiedssprüche nur den schärfsten Abwehrkampf geben kann.

Die Bekanntgabe, daß die Unternehmer des Berliner Steinsehergewerbes mit dem Bevollmächtigten nicht mehr verhandeln wollen, weil er angeblich bei der letzten Tarifverhandlung seiner Unternehmungsgruppe in trassenen Worten Quist gemacht habe, rief in der Versammlung ebenfalls starke Entrüstung hervor. Die Generalversammlung stellte sich einmütig hinter die einzelnen Verhandlungskommissionen und ebenso entschlossen hinter ihren Bevollmächtigten.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Deuts. Mittw. 11. Mai, 19 Uhr, tagen die Gruppen: **Schöneberg** (Vorort): Jug. im Reich, 11 (Hauptgebäude), Der Reichstag, 11 (Berlinerhaus), Vorortstr. — **Schöneberg**: Jug. im Reich, 11 (Berlinerhaus), Der Reichstag, 11 (Berlinerhaus), Vorortstr. — **Spandau-Neukölln**: Jug. im Reich, 11 (Berlinerhaus), Vorortstr. — **Neukölln**: Jug. im Reich, 11 (Berlinerhaus), Vorortstr. — **Steglitz**: Jug. im Reich, 11 (Berlinerhaus), Vorortstr. — **Wilmersdorf**: Jug. im Reich, 11 (Berlinerhaus), Vorortstr. — **Charlottenburg**: Jug. im Reich, 11 (Berlinerhaus), Vorortstr. — **Moabit**: Jug. im Reich, 11 (Berlinerhaus), Vorortstr. — **Wedding**: Jug. im Reich, 11 (Berlinerhaus), Vorortstr. — **Reinickendorf**: Jug. im Reich, 11 (Berlinerhaus), Vorortstr. — **Marzahn**: Jug. im Reich, 11 (Berlinerhaus), Vorortstr. — **Neu-Westend**: Jug. im Reich, 11 (Berlinerhaus), Vorortstr. — **Wilmersdorf**: Jug. im Reich, 11 (Berlinerhaus), Vorortstr. — **Charlottenburg**: Jug. im Reich, 11 (Berlinerhaus), Vorortstr. — **Moabit**: Jug. im Reich, 11 (Berlinerhaus), Vorortstr. — **Wedding**: Jug. im Reich, 11 (Berlinerhaus), Vorortstr. — **Reinickendorf**: Jug. im Reich, 11 (Berlinerhaus), Vorortstr. — **Marzahn**: Jug. im Reich, 11 (Berlinerhaus), Vorortstr. — **Neu-Westend**: Jug. im Reich, 11 (Berlinerhaus), Vorortstr.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Deuts. Mittw., finden folgende Veranstaltungen statt: **Schöneberg** (Vorort): Jug. im Reich, 11 (Berlinerhaus), Vorortstr. — **Schöneberg**: Jug. im Reich, 11 (Berlinerhaus), Vorortstr. — **Spandau-Neukölln**: Jug. im Reich, 11 (Berlinerhaus), Vorortstr. — **Neukölln**: Jug. im Reich, 11 (Berlinerhaus), Vorortstr. — **Steglitz**: Jug. im Reich, 11 (Berlinerhaus), Vorortstr. — **Wilmersdorf**: Jug. im Reich, 11 (Berlinerhaus), Vorortstr. — **Charlottenburg**: Jug. im Reich, 11 (Berlinerhaus), Vorortstr. — **Moabit**: Jug. im Reich, 11 (Berlinerhaus), Vorortstr. — **Wedding**: Jug. im Reich, 11 (Berlinerhaus), Vorortstr. — **Reinickendorf**: Jug. im Reich, 11 (Berlinerhaus), Vorortstr. — **Marzahn**: Jug. im Reich, 11 (Berlinerhaus), Vorortstr. — **Neu-Westend**: Jug. im Reich, 11 (Berlinerhaus), Vorortstr. — **Wilmersdorf**: Jug. im Reich, 11 (Berlinerhaus), Vorortstr. — **Charlottenburg**: Jug. im Reich, 11 (Berlinerhaus), Vorortstr. — **Moabit**: Jug. im Reich, 11 (Berlinerhaus), Vorortstr. — **Wedding**: Jug. im Reich, 11 (Berlinerhaus), Vorortstr. — **Reinickendorf**: Jug. im Reich, 11 (Berlinerhaus), Vorortstr. — **Marzahn**: Jug. im Reich, 11 (Berlinerhaus), Vorortstr. — **Neu-Westend**: Jug. im Reich, 11 (Berlinerhaus), Vorortstr.

Verantwortlich für Politik: Güter Schiff, Wirtschaft: G. Ringelbier; Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Redaktion: Dr. John Zeltmann; Verlags- und Sonstiges: Fritz Kahlert, Verleger: Th. Wlad; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Preis 2 Bogen.

Die falsche Rechnung.

Zum Kampf um die Arbeitslosenversicherung.

Das Scharfmachertum will an die Macht. Es will die Früchte der Hülfs-Bewegung ernten. Die Stellung der Arbeiterschaft soll zerbrochen werden. Die Scharfmacher wollen sich in der Lohnfrage von den Gewerkschaften nicht mehr dreinreden lassen und deshalb fordern sie auch die Beseitigung der Arbeitslosenversicherung. Im Kampf gegen die Arbeitslosenversicherung haben die Scharfmacher Bundesgenossen. Auch der Stadtdiag will von der Arbeitslosenversicherung los, und wie er, so glauben auch die Richter im Reichsfinanzministerium, durch Abbau der Versicherung große Ersparnisse herbeizuholen.

Diese Sparhoffnungen sind nichts anderes als ein Phantom. Durch Einführung der Bedürftigkeitsprüfung können in der Unterbringung der bisher von der Versicherung betreuten Arbeitslosen niemals nennenswerte Summen gespart werden. Man vergißt, daß praktisch heute in der Arbeitslosenversicherung die Leistung im allgemeinen nur nach der Höhe der Wohlfahrtsunterstützung liegt. Auch vergißt man immer wieder, daß für ganze Gruppen des von der Versicherung erfaßten Personenkreises die Bedürftigkeitsprüfung bereits besteht und daß praktisch ohnehin schon familiärer Verdienst im Unterhaltungsfall zur Anrechnung kommt. Ebenso übersehen die Spartomane, daß bei Zuschlägen zur Einkommensteuer nach unten eine Freigrenze besteht, während in der Beitragserhebung jeder Pfennig des Lohnes erfaßt wird. Das Beitragsaufkommen ist noch immer der stabilste Teil im Haushalt der Arbeitslosenunterstützung, und dieser halt steht und fällt mit der Versicherung.

Eine krazbare Reform des Arbeitslosenschutzes kann nicht in einer Verschärfung der Arbeitslosenversicherung bestehen, sondern nur in der Zusammenlegung von Arisen- und Wohlfahrtsunterstützung. Es ist ein unhaltbarer Zustand, wenn im April die Gesamtbeschäftigtenzahl um rund 800 000 zurückging, die Zahl der Wohlfahrtsunterstützten nach um 70 000 bis 80 000 zugenommen hat. Die Arisenfürsorge erfüllt nicht mehr ihre Aufgabe.

Das Zögern des Kanzlers gegenüber den Forderungen der Gewerkschaften auf Zusammenlegung von Arisenfürsorge und Wohlfahrt ist unverständlich. Dieser Tage hat der Kanzler vor der ausländischen Presse darauf aufmerksam gemacht, daß fortgesetztes Zögern in der Lösung dringlicher Probleme eines Tages verhängnisvoll werden kann, weil dann die Wölfer über die Lämmer hinweggehen werden. Diese Erkenntnis des Kanzlers hat nicht nur für die Außenpolitik, sondern auch für die Innenpolitik und hier vor allem für die Sozialpolitik Geltung!

August Quist

In der Nacht von Montag zu Dienstag ist der Genosse Quist im Alter von 62 Jahren gestorben. Er war am 20. Februar 1870 geboren und hatte das Mechanikerhandwerk erlernt. Nach langjähriger ehrenamtlicher Tätigkeit in seiner Gewerkschaft wurde er am 1. Dezember 1903 Geschäftsführer der Ortsverwaltung Riel des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und am 15. August 1905 kam er als Redakteur der „Metallarbeiter-Zeitung“ nach Stuttgart. Die Spaltung nach dem Kriege führte dazu, daß er im Jahre 1919 nicht wiedergewählt wurde. Mit dem 1. Januar 1920 trat er in die Redaktion des „Korrespondenzblattes“ der Gewerkschaften Deutschlands ein und war dann seit Oktober 1923 bis zu seinem ganz plötzlich erfolgten Tode als Angestellter des ADGB tätig.

August Quist war einer von denen, die weniger öffentlich hervortreten, sondern mehr im stillen wirken. Als Uebersetzer der skandinavischen Sprachen hat er der Gewerkschaftspressen wanden guten Dienst erwiesen. Die deutsche Arbeiterbewegung, insbesondere die Gewerkschaftsbewegung, der dieser bescheidene Mann nach besten Kräften gedient hat, wird das Andenken des Genossen Quist in Ehren halten.

Einigung mit Gas- und Wasserwerken.

Differenzen mit der „Bewag“.

Die im Gesamtverband organisierten freigewerkschaftlichen Angestellten der Berliner Städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, also vornehmlich die Geldheber, waren am Montag im großen Saal des „Hadeschen Hofes“ versammelt, um zu ihrer Tarifbewegung Stellung zu nehmen. Die Bewegung ist teils durch die einschlägigen Bestimmungen der Tarifverordnungen, teils durch die Umstellung der Elektrizitätswerke sehr kompliziert, und die Werkdirektionen versuchen natürlich, aus diesen Dingen das Beste für sich herauszufischen. So hat zum Beispiel die Bewag abgelehnt, zusammen mit den Gas- und Wasserwerken nochmals einen Vertrag abzuschließen.

Bei den Gas- und Wasserwerken konnten die freien Gewerkschaften, wie Genosse Horreis berichtete, insofern einen beachtenswerten Erfolg erzielen, als es gelang, die am 30. März 1932 gekündigten Tarife bis zum 30. September 1932 zu verlängern. Dieses Zustandnis der Gas- und Wasserwerke ist zweifellos durch die Haltung der Berliner sozial-

Doppelter Rabatt — doppelte Pfingstfreude!

Von Mittwoch, dem 11. bis Samstag, den 14. Mai auf alle Waren (mit Ausnahme weniger Artikel) doppelte Rabattmarken! — Auf Wunsch statt Rabatt bei Einkauf für 2 RM ein schöner Dessertteller, bei Einkauf für 3 RM eine feine Tasse mit Untertasse aus echt bayerischem Qualitäts-Porzellan.



KAISER'S KAFFEE-GESCHÄFT

Arbeitsdienst im Laubenland

Am Wochenende werden im Laubengarten gemeinsam die Wege gesäubert und aufgeschüttelt. Wer nicht mitarbeitet, muß eine Strafe in die Gemeinschaftskasse bezahlen. Oft sind es diese Arbeiten, die die Kolonisten zur Einigkeit und Eintracht erziehen.



Berlins Etat wird beraten

Sahm und Asch fertigen Deutschnationalen und Nazis ab

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung erledigte gestern zunächst eine ganze Reihe von Vorlagen, um sich dann gegen 19 Uhr der ersten Beratung des vom Kammerer, Genossen Asch, in der Sitzung vor einer Woche eingebrachten Stadthaushaltsplanes für 1932 zuzuwenden.

So wurde einer Vorlage zugestimmt, die die Uebernahme einer Bürgerschaft für ein der Berliner Verkehrs-Gesellschaft gewährtes Darlehen im Betrage von 600 000 Mark zum Gegenstand hat. Der preussische Staat und die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten haben der BVG. dieses Darlehen zur Ausführung von Poststandsarbeiten beim Schnellbahnbau gewährt.

In einer Vorlage zur Kenntnisnahme legte der Magistrat seine Auffassung zu der von der Stadtverordnetenversammlung auf einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion hin beschlossenen

auf den Stempelstellen, in den Betrieben und in den Strafzelle zu mobilisieren!

Der Grundton der Rede des Deutschnationalen Dr. Steiniger war derselbe, wie bei den Kommunisten. Er sprach davon, daß der Kammerer die Atmosphäre durch seine Rede vernebelt hätte und er die Gabe hätte, die Verantwortung von der Stadtverwaltung abzuschleichen. Der Etat, so meinte er, sei nicht der Bankrott der Selbstverwaltung, sondern der Diktatur, die vor einem Jahre bei der Reubefugung des Magistrats aufgerichtet worden sei. Dr. Steiniger gab dem Magistrat auf, bei der Potsdamer Stadtverwaltung Anschauungsunterricht darüber zu nehmen, wie man eine Stadt richtig verwaltet.

Oberbürgermeister Dr. Sahm

nahm die Gelegenheit wahr, dem deutschnationalen Redner sofort zu antworten. Er hielt Dr. Steiniger vor, daß er versucht habe, es so darzustellen, als sei die Verwaltung Berlins unabhängig von der Gestaltung der Weltwirtschaft. So schlecht wie Berlin gehe es allen deutschen Städten, so daß der Grund doch eigentlich woanders zu suchen sei als wo ihn Dr. Steiniger gern finden möchte. Die Rede Dr. Steinigers sei parteipolitisch völlig einseitig eingekleidet gewesen, ohne daß die Geschäftsführung des Magistrats den Anlaß dazu gegeben hat. Es wäre besser gewesen, wenn Dr. Steiniger zu den einzelnen Etatpositionen Stellung genommen hätte, um dann zu sagen, wie die Deutschnationalen sich eine andere Etatgestaltung vorstellen. Alle Sachverständigen hätten betont, daß es fast ein Wunder sei, wie Berlin bei der ungeheuren Steigerung der Erwerbslosen durchhielt, ohne neue Schulden zu machen. Es sei nicht angängig, daß bei der vorliegenden Belastung durch die Unterfütterung der Erwerbslosen Berlin in immer schwerere Bedrängnis gerät, während Reich und Staat ihre Etats in Ordnung halten können.

Alle Städte leiden die gleiche Not, und deshalb muß ihnen Hilfe vom Reich kommen.

Ein Vergleich mit Potsdam sei unmöglich, denn Berlin als Industriestadt hat prozentual ungleich mehr Wohlfahrtsvermerkslose als die Beamtenstadt Potsdam.

Der Nationalsozialist Dr. Lippert schob alle Schuld auf das „System“, das es fertig gebracht habe, die Hälfte der Nation an den Bettelstab zu bringen und die andere Hälfte zu Betrügern zu machen (stürmische, verständnisvolle Heiterkeit. Die Stadtverordneten wiesen auf Dr. Lippert und seine Parteigenossen. Zurufe: Ihr seid die zweite Hälfte!). Die Nationalsozialisten, fuhr Lippert fort, würden es dem System nicht schenken, den Bankrott anzufügen, dann aber kämen sie und — die anderen Worte des Redners gehen in der stürmischen Heiterkeit unter.

Stadtkammerer Asch

nahm sich den nationalsozialistischen Citaredner gehörig vor. Er hielt ihm vor, daß er Fragen an ihn, den Kammerer, gestellt habe, die er bei einem Studium des Etats beantwortet gefunden hätte. Das sei

ein Beweis, daß Dr. Lippert ohne Vorbereitung seine Rede losgelassen hat.

Der Ertrag aus der Bräun-Transaktion ist nicht, wie Lippert behauptete, in den Orlus verschwunden, sondern bestimmungsgemäß zur Abdeckung kurzfristiger Schulden verwandt worden. Die Not

der deutschen Städte ist lediglich durch die ins Ungeheuerliche gewachsene Zahl der Wohlfahrtsunterstützungsempfänger entstanden, für die das Reich zur Hilfe verpflichtet sei. Diese Not läßt sich eben nicht lokal beseitigen, sondern nur im Zusammenwirken der Kommunen, des Reiches und der Staaten. Allerdings sei sich die Stadtverwaltung — und das habe er, der Kammerer bei der Einbringung des Etats auch betont — darüber klar, daß die Mittel des Reiches selbst beschränkt sind, daß also die Hilfe der noch in Arbeit stehenden Bevölkerungskreise in Anspruch genommen werden muß, um den Erwerbslosen zu helfen.

Das Wirtschaftsprogramm der Nationalsozialisten, soweit man überhaupt von einem solchen sprechen könnte, führe unzweifelhaft zu einer neuen Inflation,

über deren Auswirkungen niemand im Zweifel sein könnte. Diese Inflation zu verhindern, erfordere aber gesunde Nerven und die Fähigkeit, sich nicht durch mehr als zweifelhafteste Experimente die Sinne benebeln zu lassen.

Dr. Lippert gestand dem Kammerer zu, daß er ihm dialektisch überlegen sei. Bei der strengen Sachlichkeit, die Genosse Asch immer beobachtet, hat damit der nationalsozialistische Citaredner zugegeben, daß er von dem Etat der Stadt Berlin keine Ahnung hat. Damit war die erste Beratung beendet; der Etat geht jetzt an den Haushaltsausschuß zur Vorberatung.

Selbstmord eines Schülers.

In Eichwalde vor den Zug geworfen.

Auf der Vorortstrecke nach Zeuthen verübte gestern der noch nicht ganz 16 Jahre alte Schüler Herbert Hendze aus der Hollmannstraße 39 in Berlin Selbstmord. Der junge Mann warf sich vor die Räder eines heranbrausenden Zuges und wurde auf der Stelle getötet.

Herbert H. hatte sich gestern vormittag aus der Wohnung seiner Eltern mit dem Fahrrad entfernt. Er wollte angeblich einen kleinen Ausflug machen. Zwischen den Stationen Eichwalde und Grünau schloß der jugendliche Lebensmüde sein Fahrrad mit einer Kette an einen Baum, erklimmte dann die Bahnhöhe und stürzte sich vor den Zug. Die Leiche ist von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden. Das Motiv zu der Bergweijungstot des Jugendlichen konnte bisher noch nicht geklärt werden.

Auf tragische Weise kam am Dienstag die 83 Jahre alte Witwe Luise Höst aus der Bettendorferstraße im Nordosten Berlins ums Leben. Die Greisin hatte sich das Frühstück in der Küche zubereitet und später den Gashahn nicht völlig geschlossen. Die ausströmenden Gasemengen führten den baldigen Tod der alten Frau herbei. Als das Unglück entdeckt wurde, war es bereits zu spät. Die Rettungsversuche der Feuerwehr blieben erfolglos.

Notar bleibt unvereidigt.

Ein seltsamer Vorfall in Potsdam.

Der seltsame Fall, daß ein als Zeuge vernommener Rechtsanwalt und Notar wegen Begünstigung der zur Anklage stehenden Tat unvereidigt bleibt, ereignete sich in der Sitzung der großen Potsdamer Strafkammer.

Angelagt war der Bürovorsteher Rudolf Jill aus Dahme in der Mark, dem Urkundenfälschung zur Last gelegt wurde. Der Bürovorsteher ist bei dem Rechtsanwalt und Notar P. in Dahme tätig. Eines Tages wollte ein Landwirt auf sein Anwesen eine Hypothek aufnehmen, die ein Kaufmann Behrend in Dahme beschaffte. Es mußte nur einigen Hypothekengläubigern der Vorrang eingeräumt werden. Auch bemängelte ein Berliner Anwalt noch einiges an den Urkunden, und Behrend erliefen im Büro des Rechtsanwalts P. in Dahme, um die Bemängelung mitzuteilen. Darauf änderte der Angeklagte Jill drei Urkunden eigenmächtig. Als Behrend seine Verwunderung darüber aussprach, soll Jill erwidert haben: „Bei uns werden öfter Urkunden geändert.“ Unter großer Spannung wurde darauf Rechtsanwalt P. als Zeuge vernommen. Er bestritt, daß er von der Änderung der Urkunden gemerkt habe. Darauf rief ihn der Zeuge Behrend empört zu: „Das ist ja nicht wahr. Sie haben ja später noch zu mir gesagt, als die Sache angezeigt war, ich sollte alles auf mich nehmen, ich bekomme ja Bewährungsfrist. Auf diesen schweren Vorwurf hin unterließ die Vereidigung des Notars, und zwar wegen Verdachts der Begünstigung. Der angeklagte Bürovorsteher erhielt einen Monat Gefängnis wegen Urkundenfälschung.“

Sprechchor für proletarische Feiern. Donnerstag, den 12. Mai, 20 Uhr, Uebungsstunde im Gefangensaal der Sophienschule, Weinmeisterstraße 16-17. Die Kinder kommen um 1/2 7 Uhr.

Kaffee Hag dient der Gesundheit, aber Sie zahlen nur für den Genuß. Kaffee Hag und Qualität sind eins.

1. neue Packung

2. stärkeres Format

3. Herabgesetzter Preis

GARBATY

GOLD SABA

CIGARETTEN

11/10 Gold

Der wichtigste

„Mehr bieten und weniger verlangen“, — mit dieser Devise errang die neue „Gold Saba“ ihren großen Erfolg.

Dank der neuen luftdichten **Humidor** Händler-Packung ist „Gold Saba“ immer

- so mild
- so frisch
- und aromatisch.

Extra starkes Ägypter-Format

Stärke 44 Pf. Jeztel

3 2/3 Pf.

Immer wieder § 218. Ein neues Verfahren gegen Frau Dr. Kienle.

Frankfurt a. M., 10. Mai.

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft hat der Untersuchungsrichter am Montag gegen die seit einiger Zeit in Frankfurt praktizierende Kerstin Frau Dr. Kienle, gegen die bekanntlich in Stuttgart ein umfangreicher Abtreibungsprozeß schwebt, die Voruntersuchung wegen Abtreibung und fahrlässiger Tötung eröffnet.

Frau Dr. Kienle wird beschuldigt, an einem 17jährigen Mädchen, das in einem Dorf bei Darmstadt wohnte und im fünften Monat schwanger war, einen Eingriff zur Unterbrechung der Schwangerschaft vorgenommen und durch fehlerhafte Behandlung eine Sauerstoffsitzung mit nachfolgendem Tode verursacht zu haben. Das Voruntersuchungsverfahren richtet sich zugleich gegen einen 23jährigen Handlungsgehilfen, der der Anstiftung zur Abtreibung beschuldigt wird. Er hatte mit dem Mädchen ein Verhältnis und hat sie der Kerstin zugesagt. Der Handlungsgehilfe und das Mädchen lernten die Kerstin kennen, als diese in dem Dorfe bei Darmstadt einen Vortrag über § 218 hielt.

Familiendramatik in der Altmark.

Die Täterin wirft sich unter den Zug.

Stendal, 10. Mai.

Eine entsetzliche Bluttat spielte sich in der Nacht zum Dienstag in Groß-Möhringen bei Stendal ab.

Die 21 Jahre alte Ehefrau Reimann erschlug ihren schlafenden Ehemann und fügte ihrer Schwiegermutter lebensgefährliche Verletzungen zu, denen die Frau nach ihrer Ueberführung ins Krankenhaus erlag. Die Täterin, die die Tat offenbar in einem Anfall von Geistesstörung verübte, flüchtete aus ihrer Wohnung und ließ sich in der Nähe der Driehöf von einem Zuge überfahren.

Um das Geld der Sklarek.

Vergebliche Hausfuchung in Oranienbaum.

Die auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft kürzlich erfolgte Hausfuchung, über die sich Leo Sklarek am letzten Verhandlungstag so aufgeregt hatte, fand bei den Eltern seiner Hausangestellten Luise K. in Oranienbaum bei Dessau statt. Kriminalkommissar Seiffert hatte sich mit mehreren Beamten dorthin begeben, wo das Erscheinen der Berliner Beamten natürlich ungeheures Aufsehen erregte. Das Haus der Eheleute K. wurde vom Boden bis zum Keller gründlich durchsucht, wobei die Beamten auftragsgemäß danach forschten, ob die Eltern der Hausangestellten irgendwelche größeren Geldmittel für die Sklareks versteckt oder vielleicht in ihrem Auftrage irgendwo deponiert hätten. Wie wir erfahren, ist aber die Hausfuchung völlig ergebnislos verlaufen. Der Verdacht war dadurch entstanden, daß Leo Sklarek selbst im Laufe des Prozesses bekundet hatte, die Ks hätten ihm mehrere tausend Mark geborgt. Außerdem war noch aufgefallen, daß die Hausangestellte bei der Versteigerung des Sklarekschen Haushaltes als Käuferin aufgetreten war.

Wie wir weiter hören, sollen die Strafanträge im Sklarek-Prozeß am Donnerstag, dem 19. Mai, gestellt werden.

Kommunistische Demonstrationen.

Das Verbot der kommunistischen „Gottlosenbewegung“ war in den gestrigen Abendstunden der Anlaß zu verschiedenen Straßen-demonstrationen. In allen Stadtteilen bildeten sich gegen 19 Uhr kommunistische Züge von etwa 150 Teilnehmern, die lärmend durch die Straßen zogen. Während es in den meisten Fällen der Polizei gelang, die Demonstrationen reibungslos zu zerstreuen, nahmen die Zusammenrottungen im Norden Berlins in der Müllerstraße und im Osten am Ballenplatz ernstere Formen an. Am Ballenplatz wollte ein Schupoamteiler einen kommunistischen Redner festnehmen. Dabei kam es zu einem Handgemenge und in der Bedrängnis feuerte der Beamte zwei Schred-

Kleinwohnungsbau tut not

Ueber die Arbeiten des Wohnungsausschusses des Reichstages

In einer Versammlung der im Wohnungs- und Siedlungswejen tätigen Parteigenossen sprach Reichstagsabgeordneter Lipinski über die Arbeiten des Wohnungsausschusses des Reichstages. Der Referent behandelte besonders die Fragen des Wohnungsbauwesens, der Mietentung und des Mieter-schutzes.

Die Mittel für den Wohnungsbau, so führte Genosse Lipinski aus, sind stark gedrosselt worden, so daß günstigstenfalls 200 Millionen übrig bleiben, die für Wohnungsbau, Mietzuschuß und Mietausgleich bestimmt sind. In den Wohnungsbau wird heute mit großer Vorsicht hergegangen, die Geldquellen dafür sind außerordentlich knapp geworden. Auf der anderen Seite jedoch hat sich gezeigt, daß bei Eigenheimsiedlungen zahlreiche Bauten mit Eigenkapital durchgeführt worden sind. Wie kann man nun den Wohnungsbau fördern? Wohnungsbedarf ist auf die Dauer vorhanden, die Bauarbeiter sind zum größten Teil arbeitslos, der Bau-markt ist völlig zusammengebrochen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat deshalb gefordert, daß wir vor allem Kleinwohnungsbau betreiben müssen, da an großen Wohnungen kein Mangel besteht. Weiter wurde verlangt, daß bei den alten Häusern Reparaturen ausgeführt werden sollen. Die Bürgerlichen Parteien haben mit der Begründung, daß sie eine Inneuerung von größeren Summen im Wohnungsbau ablehnen, gegen unser Bauprogramm gestimmt. Ein Teil davon, die Prämienanleihe, ist allerdings in das Regierungsprogramm übernommen worden. Der Reichsbauminister hat inzwischen auch die Länder aufgefordert, Hausreparaturen zu fordern und Mittel hierfür zu gewähren.

Wie weit sich die Zwangszinsenkung auf dem Kapitalmarkt auswirken wird, läßt sich noch nicht übersehen. Aber es ist zu vermuten, daß dadurch eine Einschränkung erfolgt. Die Not der Neuwohnungsbauer wird einen stärkeren Bedarf nach Kleinwohnungen bringen. Damit entsteht die Gefahr, daß durch die große Nachfrage eine starke Steigerung der Kleinwohnungs-mieten erfolgen wird. Es ist bisher noch nichts getan worden, um dem entgegenzuwirken.

Die Forderungen auf Wiedereinsetzung der Miet-schüssen sind bisher im Ausschuß abgelehnt worden. Wie sich die Parteien im Plenum zu den Fragen des sozialen Mietschutzes verhalten werden, ist noch nicht abzusehen; inmerhin werden be-

sonders die Nationalsozialisten in eine gewisse Zwangslage geraten. Zum Schluß wies Genosse Lipinski noch auf den Städtebau-gesetzentwurf hin, den die Fraktion zu ihrem Initiativantrag gemacht hat. Darin sind alle Voraussetzungen für die Beschaffung von Grund und Boden durch Enteignung und Verkaufsberechtigt als Forderungen des modernen Städtebaues geschaffen. Der Redner wies noch besonders darauf hin, daß es nicht genügt, wenn im Parlament beraten wird, sondern daß auch von draußen ein Druck erfolgen muß, und das ist die Aufgabe der Mieter-funktionäre.

Was von den Mietern alles verlangt wird.

Der Vorsitzende des Wohnungs- und Mieterausschusses der SPD, Bezirksverband Berlin Genosse Patsch schreibt uns folgendes:

In der letzten Nummer des „Grundbesitzers“, des Organs des Bundes der Berliner Haus- und Grundbesitzervereine, wird über eine Besprechung des Bundesvorsitzenden der Berliner Haus- und Grundbesitzervereine mit dem Berliner Polizeipräsidenten berichtet. Der Zweck ist in Zukunft in den Tagen der Mietkassierungen Heberläufe zu verhindern und alle Vorkehrungen zu treffen, um das Leben der mit dem Einkassieren betrauten Personen zu schützen. Unter den verschiedenen Vorschlägen wird auch den Mietern empfohlen, die Miete möglichst bargeldlos auf Bank- oder Post-scheckkonto zu überweisen. Hierzu ist folgendes zu bemerken und den Hauseigentümern und Verwaltungen dringend anzuraten: Gebt den Mietern Zahlkassen zur Einzahlung auf euer Post-scheckkonto und legt ihnen gleichzeitig, daß das Porto abzu-ziehen sei, dann werden sich die Mieter auch nicht weigern, die Miete auf dem nächsten Postamt einzuzahlen. In unseren Aus-kunftstellen häufen sich die Klagen darüber, daß von den Mietern verlangt wird, die Miete auf Post-scheckkonto einzuzahlen; die Mieter dürfen aber unter keinen Umständen das Porto abziehen. Wenn die Vermieter nur ein wenig entgegenkommen beweisen, wird man sich schnell einigen und man darf annehmen, daß der Bund der Berliner Haus- und Grundbesitzervereine in der nächsten Nummer seiner Zeitschrift eine entsprechende Empfehlung an seine Mitglieder bringen wird. Es handelt sich ja darum, daß die Mieter den Hauseigentümern eine Gefälligkeit erweisen und man kann nicht verlangen, daß sie noch dafür bezahlen sollen.

schüsse ab. Eine 72 Jahre alte Postantin, Pauline Dargel aus der Seumestraße 23, wurde durch eine Kugel am Arm leicht ver-letzt. Nach Behandlung auf der nächsten Rettungsstelle konnte die Frau in ihre Wohnung gebracht werden.

Berlins Sozialdemokratie im Kampf.

Eine Zusammenkunft der Parteireferenten.

Im „Deutschen Hof“ in der Ludower Straße fand gestern eine außerordentlich stark besuchte Zusammenkunft der Berliner Parteireferenten statt. Der Verlauf zeugte von dem mächtigen und nicht zu brechenden Kampfeswillen der Berliner Parteigenossen, die mit Benützung auf den Erfolg der Eisernen Front im preussischen Wahlkampf zurückblicken können. Mit Recht wies der Vorsitzende Genosse Künzler darauf hin, daß die Ber-

Morgen, Donnerstag, den 12. Mai 1932, 20 Uhr, im Lehrervereinshaus, Alexanderplatz (Großer Saal)

Nach den Wahlen in Deutschland und Frankreich:

Krieg und Faschismus

Es sprechen: Leon Jouhaux, Generalsekretär der französischen Gewerkschaften und Prof. Erik Nöbling, M. d. L. **Deutsch-französische Kundgebung!** Karten an der Abendkasse!

liner Eiserner Front sich nicht nur tapfer, sondern siegreich geschlagen hat. In einem hervorragend angelegten, anderthalbstün-digen Referat, das den Versammelten viele Anregungen und reiches Material bot, behandelte Landtagsabgeordneter Genosse Dr. Ham-burger die augenblickliche politische Situation. Di von Beifall unterbrochen, legte er die Rotwendigkeiten der Stunde dar. Eine kurze, aber angeregte Diskussion schloß sich an.

„Chaco“ endlich in Gdingen.

Der argentinische Hilfskreuzer „Chaco“ ist mit fünfzehn De-portierten, darunter zehn polnischen Staatsangehörigen, in Gdingen heute eingelaufen. Die polnischen Staats-angehörigen werden einer ärztlichen Untersuchung und Nachprüfung ihrer Staatsangehörigkeit unterzogen, ehe sie an Land gehen dürfen. Von den übrigen fünf Deportierten werden vier in Wismar und einer in England an Land gesetzt werden. Damit dürften die rätselhaften Verfahrten des argentinischen Gefangenschiffes endlich ihr Ende erreicht haben.

Fehltritt eines Polizeiwachmeisters.

Ein Polizeioberwachmeister in Teterow in Mecklenburg wurde verhaftet und dem Gefängnis in Güstrow zugeführt, weil er sich an einer im Polizeigewahrsam befindlichen Schmittlerin vergangen hatte. Er wurde nach Bekanntwerden der Tat sofort seines Dienstes enthoben. Der Beamte ist verheiratet und hat zwei Töchter.



Oskar Wöhler: Jan Hus. Der letzte Tag

Aus ist's mit der Raubritterherrlichkeit! Bravo! So muß es der ganzen verstoßenen Klasse gehen! Jedem, der es wagt, die Gerechtfame der guten Stadt Konstanz anzugreifen!
„Himmel, Barich und Wolkenbruch!“
Wägen die anderen denken! Solang man nicht selber am Strick baumelt, ist es doch eine Lust zu leben!
Aus diesem angenehmen Wachtraum weckt ihn die blecherne Stimme des Vogts:
„Kann ich den Brief gleich mitnehmen?“
Der Bürgermeister tastet sich aus der blendenden Helle seiner Vision in das dämmerige, schattengeplagene Halb-dunkel seines Alltags zurück:
„Welchen Brief?“
„Den an den hohen Ueberlinger Rat!“
Der Vogt weiß schon, warum er ihn verlangt. Diese Vertilger des räselsten Weins auf der anderen Seite des Sees gehören zur Bruderschaft des ungläubigen Thomas. Die wollen alles geschüttelt und gesiegt leben. Was nicht auf dem Pergament ist, ist nicht in der Welt. Auf das bloße Wort eines Ratsboten hin, mag der noch so schön das schwarze Kreuz eingestickt auf dem weißen Wams tragen, werden die Ueberlinger ihren Nachrichten bestimmt nicht aus-leihen!

Der Bürgermeister schreibt nach dem Ratschreiber. Doch der ist heute nachmittags drüben im Rathaus und notiert die aufgelaufene Steuerschuld der weischen Wechsler. An seiner Stelle erscheint der Hilfschreiber Vinz, ein harter, hoch aufgeschossener rotblonder Mensch, dessen Haarschopf im Schattengrau des Bürgermeisterszimmers wie Feuer brennt.
Er legt sich an den Tisch und tunkt den Ganskiel in den ledernen, mit Tinte gefüllten Becher, der vor ihm steht. In seiner groben, starkknöchigen Hand scheint die Feder schier zu zerbrechen.

Aber der ungefüge Fleischtrog, der aussteht, als ob er lediglich Mühlsteine durcheinanderspeichen könne, malt die zarresten, spinnwebigsten Buchstaben auf das gelbe Pergament. Und diese tierlichen Spinnweben fangen die daherschwirrenden Worte auf, die Herr Johann von Schwarzjach dem Schreibenden diktiert, und halten sie für ewige Zeiten fest.

Der Vogt lauscht eine Weile dem verbindlichen Fall der Worte: „Unseren freundlich willigen Dienst voraus. Ehrsame, weise liebe und gute Nachbarn! Wir bitten euch freundlichst, möget es nicht im argen aufnehmen, wenn wir...“

Weiter hört der Vogt nicht mehr zu. Diese Weise kennt er. Dermahlen mit dem Honigleim der Höflichkeit bestrichen, wird den Ueberlingern der Wurnsamen schon süß genug eingehen. Da ist keine Ablage zu fürchten. Er will jetzt machen, daß er mit sich selber zurechtkommt; denn es heißt laufen und springen, sobald ihm der Brief behandelt ist.

Darum heraus aus dem Harnisch!
Die Arbeit, die nachher auf ihn wartet, verträgt das Eisenkleid nicht. Als er schließlich draußen ist aus dem eiser-nen Gezwang, kommt er sich vor, wie aus einem überheizten Badofen gefroren. Schweiß tropft unablässig über sein ledernes Gesicht und seuchet beide Ärmel. Er wird gar nicht mehr fertig mit Abwischen. Wenn er in diesem Zustand auf die Straße kommt, wird niemand in ihm den gefürchteten Vogt erkennen. Jetzt sieht er selber so aus, wie einer aus der Sippe derer, die zu hegen und zu jagen er in die Welt gesetzt ist.

Schweigend, sonst jedoch gänzlich unbewußt, nimmt er den besiegelten Brief, den ihm der Hilfschreiber überreicht, verbeugt sich vor Herrn Johann und verschwindet mit noch größerer Eile, als sie der bischöfliche Käufer zeigte, der vor knapp einer halbstunde fluchtartig vor dem geschleuderten Amtsröhr des Bürgermeisters entwich.

Doch bevor der Schatten des Vogts vom Windfang der Tür gänzlich ausgeschluckt wird, fragt Herr Johann: „No, Vinz, du läßt ja noch immer den Küffel hängen. Warum nur so trauerfallighaft? Noch immer nicht die Allmannsdorfer Jungfer vergessen? Was meinst du, ist es nicht besser, mit gesprungenem Herzen über den Ratsbüchern und Registern zu sitzen, als in der Haut des Hus zu stecken, der morgen um diese Zeit mutmaßlich schon seinen letzten Schrei getan haben wird?“

Der Hilfschreiber, der dabei ist, sorgfältig den Ganskiel abzulegen und die Tintenbrühe auf den Boden zu spucken,

hört mit dieser Beschäftigung auf und schaut mit vollen Augen den Fragenden an: „Ich weiß nicht, was besser ist, Herr Bürgermeister“, sagt er etwas unwirlich und macht langsam den Lederbecher zu. „Ich hab zwar den Prozeß, den die frommen Väter dem Böhmen an den Hals hängten, nicht recht verfolgt, weil mich die theologische Kümmeispalterei nichts angeht. Aber wenn nur die Hälfte davon wahr ist, was man in Gassen und in Schenkstuben über den Prager Magister erzählt, so ist er ein Besessener des Besten und sticht für etwas, was er für wahr hält. Wir aber, wir guten Konstanzer, wir streben und leben, wir rennen und brennen, wir klettern und schmettern, doch, sagt mir, wofür? Unser ist nicht einmal ein Wahn, Herr Johann. Wir sind so schreckensvoll nüchtern. Wir alle, die wir uns in dieser schönen Stadt am Bodensee drehen, haufen geschäftig wie die Küchenschaben, rascheln in unseren Fress-, in unseren Schlafwindein, trabdeln hin und her, hin und her, so recht schabenmäßig, bis uns eines Tages die dunkle Hand doch im innersten Verleisch aufschreckt, uns auf die Schaukel nimmt und auf den Estrich wirft, wo dann des Schicksals Fuß uns knirschend zertritt!“

Herr Johann von Schwarzjach hat beim Anhören dieser Rede längst unterlassen, seinen schwarzen Krausbart zu kraulen. Ueber das, was er von seinem Hilfschreiber vernimmt, steht ihm vor Erstaunen die Karpfenschnute offen, wie bei einem Schwerhörigen. Doch noch ehe ihm das zur zweiten Natur gewordene fragende Bodensee-Hä aus dem Mund herauszuhipfen vermag, ist die schwere Tür der Kanzlei hinter dem Schreiber in den eichenen Falz gefallen.

„Der arme Vinz!“ fährt's da Herr Johann bedauernd durch den Sinn. „Seit ihn diese glühauge, schwarzhaarige Weinschlechterin so merbar am Seil heruntergelassen hat, ist der Kleinsten zu nichts mehr zu gebrauchen. Früher hat er in seinem Ueberichwall Stadt und Landschaft gleichermäßen auf den Kopf gestellt, hat auf allen Landshöden bei Kirchweih-festen die Lebenslust aus sich herausgeschrien; wie eine messingene Kriegsdrommete den Willen zum Angriff, hat geschwanz und getanzt wie der Lump am Stricken. Und jetzt? Jetzt schleicht er dahin wie ein armer Sünder, ständig die Nase auf den Boden gesenkt, und Redensarten fängt er an zu schwingen, die eher zum Bewand eines von der grauen Bruderschaft passen, jenen Frauerräuden, die ihren Tag mit Heulen und Wehklagen begehen und, wie die Hunde im Rot, sich zur Ruhe im Koderbret der begangenen Sünden wälzen.“
(Fortsetzung folgt.)

Wird es besser?

Reichsbank weniger stark entlastet. — Kleine Devisenabgaben.

Seit die Reichsregierung in Wirtschaftsdingen mehr Willen und Tatkraft zeigt, geht etwas frische Luft durch Deutschland. Der Pessimismus scheint weniger lähmend zu wirken als bisher. Ansätze zum Optimismus scheinen sich auch wirtschaftlich schon auszumachen. Die Arbeitsbeschaffung ist, soweit Mängel sie hat, eine Hoffnung. Die Börse hauffert — sicher im Gefolge auch der eiz- ander rasch folgenden Zinsenkungen — schon seit einigen Wochen. Der gestrige Arbeitsmarktbericht sah etwas freundlicher aus. Daß die Franzosen als Friedensfreunde gewählt haben, ist ein Versprechen für die Lösung der internationalen Probleme, man anerkennt mehr und mehr handelspolitische Dummheiten auch dann als Dummheiten, wenn alle Völker sie machen, und daß die Nazis im Fah ihrer ver- ehenden Demagogie schon den Boden sehen, wirkt wenigstens nicht mehr kreditzerstörend. In diesem Rahmen ist die erstmalige geringe Entlastung der Reichsbank in der ersten Monatswoche möglicherweise nicht ohne wirtschaftspolitische Bedeutung.

Der Reichsbankausweis vom 7. Mai brachte für die erste Monatswoche nur Kreditrückzahlungen von 187,2 Millionen Mark. Die Wechselbestände nahmen noch die Kleinigkeit von 0,1 auf

3145,7 Millionen zu, die Bestände an Reichsschatzwechseln sanken um 16,3 auf 10,0 und die Lombardbestände um 171,0 auf 111,0 Mil- lionen Mark. Auf dem Stratonio zeigt sich eine Abnahme um 41,9 auf 362,8 Millionen. Die Mittel des freien Geldmarkts haben sich offenbar nicht mehr als so reichlich erwiesen wie bisher.

Im Rotenlauf entspricht der Rückgang diesen Verände- rungen: umlaufende Noten sanken um 137,2 auf 3900,9, Rentenbank- schein um 2,1 auf 406,4 Millionen. Die Goldbestände nahmen um 7,7 auf 851,1 Millionen ab, die Devisenbestände um 2,6 auf 133,3 Millionen zu. Rund 5 Millionen mußten immerhin neu ab- gegeben werden. Die Notendeckung hat sich auf 24,7 gegen 24 Proz. in der Vorwoche verbessert.

Was die Reichsbank zeigt, ist noch nicht einmal die eine Schwalbe, die bekanntlich noch keinen Sommer macht. Aber die psychologische Gesamtsituation scheint besser zu werden. Mit aller Macht sollten daher die Verantwortlichen die vorhandenen Ansätze fördern. Die Prämienanleihe kann für die Arbeitsbeschaffung ein sehr bedeutsamer Faktor werden, wenn sie jetzt mit Geschick gestartet wird.

Der Vergleich bei Borsig.

Gläubiger stimmen dem Vorschlag zu.

Die Entscheidung bei Borsig ist gefallen. Auf der gestrigen zweiten Gläubigerversammlung, die vom Gericht wieder nach dem Kriegserreitshaus einberufen war, stimmten dem Vergleichsvor- schlag 96 Proz. der Spargläubiger, 100 Proz. der Bankengläubiger und 80 Proz. der Warengläubiger zu. Die notwendige Dreiviertelmehrheit ist damit erreicht und der Ver- gleichsvorschlag der A. Borsig G. m. b. H., Tegel, angenommen.

Der erste Vergleichsvorschlag war, wie wir seinerzeit berichtet hatten, von den Spargläubigern nicht angenommen worden, da die Grundstücke in der Tegeler Bauernheide, die ihnen für ihre Ansprüche übereignet werden sollten, hoch belastet waren. Der gestern angenommene neue Vergleichsvorschlag sieht vor, daß die Spargläubiger Grundstücke in Wittenau in einem Umfang von 360 000 Quadratmeter erhalten, deren Wert 500 000 Mark und deren Belastung bei der Stadtbank 250 000 Mark be- trägt. Da die Stadtbank sich aber bereit erklärt hat, sich bei einer eventuellen zwangsmäßigen Verdrückung an die Grundstücke in der Bauernheide zu halten, so hat die Belastung der Wittenauer Grundstücke für die Sparer keine Nachteile zur Folge.

Noch nicht entschieden ist das Schicksal der Restmasse. Die Restmasse setzt sich aus den im Betriebe investierten Werten zu- sammen, die nach der den Gläubigern zugestandenem Befriedigung bei der Borsig G. m. b. H. verbleiben. Es sind dies Betriebs- anlagen, Maschinen usw. Diese Werte sollten nach dem Sanie- rungsvorschlag von der neuen Betriebsgesellschaft übernommen werden, was auch bei einer Weiterführung des Gesamtbetriebes das gegebene wäre. Die Banken rechnen aber noch damit, einen Käufer für die Restmasse zu finden, der auch bereit wäre, neue Mittel zur teilweisen Weiterführung des Betriebes zu investieren. Ausschichten hierfür sind aber zur Zeit kaum gegeben.

Inzwischen ist die Aufarbeitung der vorhandenen Auftrags- bestände bei Borsig im vollen Gange. Zur Zeit sind im Betriebe wieder etwa 1000 Arbeiter und 300 bis 400 Angestellte beschäftigt. Schon um diesen erfahrenen und hochqualifizierten Belegschafts- stamm zu erhalten, sollte die Gläubigerversammlung — schließlich nicht zuletzt in eigenem Interesse — sich endlich dahin entscheiden, daß an dem Bestand des Werkes nicht gerüttelt wird.

Oberfoks übernimmt Borsigwerk D.-G.

Die Borsigwerk Aktiengesellschaft in Oberschlesien ist, wie ihre Muttergesellschaft in Tegel, gleichfalls insolvent. Jetzt hat der Oberfoks-Konzern (Oberschlesische Kokswerke und Chemische Fabriken A.-G.), der in Oberschlesien wie auch im Waldenburger Gebiet einen starken Grubensitz hat, mit Borsig einen Vertrag geschlossen, wonach Oberfoks die Mehrheit des Kapitals der Borsigwerk A.-G. übernimmt. Die finanzielle Aktion ist derart gedacht, daß das 17-Millionen-Kapital der Borsig- werk A.-G. auf 10 Mill. Mark zusammengelegt wird und daß Oberfoks nach einer Kapitalerhöhung auf 15 Millionen die 5 Mil- lionen Mark neue Aktien übernimmt. Außerdem erhält Oberfoks noch ein größeres Paket Borsigwerk-Aktien aus dem Borsigischen Familienbesitz. Der Umfang dieses Aktienpakets ist noch nicht be- kannt. Die Gruben- und Kokserebetriebe der Borsigwerk A.-G. werden aus dem bisherigen Werkkomplex herausgelöst und mit den übrigen Gruben von Oberfoks zu einer Betriebsgemein- schaft vereinigt. Unklar ist noch das Schicksal der Hütten- und Walzwerksbetriebe, der eigentlichen Verlustquelle bei der Borsigwerk A.-G.

IG.-Farben-Versammlung.

Direktor Bosh über das internationale Chaos.

Auf der gestrigen Generalversammlung der IG.-Farben- Industrie AG. in Frankfurt a. M. nahm der leitende Direktor Bosh das Wort zu grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Ausführungen.

Der Redner erklärte: Das internationale Weltvertrauen ist durch die unmögliche Reparations- und Schuldenregelung zusammen- gebrochen. Die Schaffung einer neuen Vertrauensbasis ist ohne eine dauernde und endgültige Klärung dieser Frage nicht möglich. Der Zusammenbruch der gesamten Weltwirtschaft erfordert un- 0 r z ü g l i c h e Maßnahmen, und zwar Maßnahmen, die den gesamten Fragenkomplex endgültig erledigen.

Der jetzige Zustand ist nicht mehr weit von einem Chaos entfernt.

Besonders Deutschland ist in einer äußerst unglücklichen Zwangs- lage. Es hat den energigsten Willen, seine privaten Schuldverpflich- tungen abzudecken. Und es ist in der Welt nur eine Stimme, daß dies nur durch Exportüberschüsse geschehen kann. Deutsch- lands guter Wille aber wird gestört und gehemmt durch die handels- politischen Abschließungsmaßnahmen gerade derjenigen Staaten, die unsere Waren als Entgelt für Zahlungsverpflichtungen aufnehmen sollten. Man kann es der deutschen Wirtschaft nicht verdenken, wenn sie bei abnormen und verworrenen handelspolitischen Angriffs- maßnahmen, die unseren Export überall treffen, entsprechende Ab- wehrmaßnahmen ergreift.

Grundsätzlich falsch aber ist es, diese Maßnahmen unter dem Gesichtspunkt einer autarkischen Abschaltung der deutschen Wirt- schaft von der übrigen Welt durchzuführen.

Abwehrmaßnahmen für Sturmzeiten — gut! Aber nur so lange, bis auch bei unseren Partnern in der Welt wieder Vernunft und guter Wille einkehren. Auf keinen Fall aber dürfen diese Abwehr- maßnahmen so geführt werden, daß, ohne deutschen Wirtschafts- zweigen wesentlich zu nutzen, gute und sichere Märkte da- durch verschlossen werden, zum mindesten in der psycho- logischen Aufnahmefähigkeit ihrer Konsumenten. Die Lösung der Wölker aus ihrer wirtschaftlichen Verkrampfung kann nur durch Streichung aller politischen Schuldverpflichtungen und damit der Wiederherstellung einer gesunden Vertrauensbasis sowie durch den automatischen Abbau der Zollmauern und den Wiederaufbau der Handelsbeziehungen erfolgen.

Zu der Entwidlung der Geschäftstätigkeit bei dem Chemietrust erklärte Direktor Bosh, daß Farben und Färberei-Hilfsprodukte im ganzen noch einen betrieblichen Abfall hatten. Dagegen hat sich das chemische und pharmazeutische Geschäft verschlechtert. Der Stickstoff- obst ist im Düngejahr 1931/32 um 12 Proz. gesunken. Auch das Kunstseiden- und Photogeschäft war rückläufig. Am 1. Januar 1932 wurde zur Vermeidung weiterer Entlassungen in Oppau und im Leunawert die 40-Stunden-Woche eingeführt.

„Heuschreckenschwarm der Interessenten“

Präsident Hoover bezwingt den Kongreß durch einen Appell ans Volk.

„Ein Heuschreckenschwarm der Interessenten wimmelt in den Wandelgängen des Kongresses und verlangt eigennützige Vorteile für einzelne Interessentengruppen und einzelne Teile des Landes.“

Diese energischen Ausdrücke stammen nicht aus dem Muff eines radikalen Schriftstellers: wir entnehmen sie dem Appell des Präsidenten Hoover an das amerikanische Volk. Hoover veröffentlichte diesen Appell am 6. Mai, nachdem er einen Tag zuvor eine scharfe Botschaft an den Kongreß gerichtet hat, in der er die Balancierung des Haushaltes verlangt und gegen die Gesetzgebung protestiert hat, die „Angst und Unruhe“ im Lande verbreitet.

Ein solcher Appell an das Volk ist ein Appell an die Demo- kratie gegen die Verfallung der Demokratie durch die Herrschaft der Interessentencliquen, wie sie sich im Lande des mächtigsten Kapitalismus der Welt herausgebildet hat. Nichts kann demagogischer sein als diese Cliquen, die das politische Leben monopolistisch beherrschen und vor jeder Wahl um die Gunst einzelner Wählergruppen kämpfen.

Die Entwidlung der amerikanischen Demokratie bietet einen un- widerlegbaren Beweis dafür, daß die Demokratie, um lebendig zu bleiben, des Bestehens der wirklichen Volksparteien und namentlich der politischen Arbeiterbewegung bedarf. Hoover ist gewiß kein Antikapitalist, es ist ihm aber mit dem Treiben der Interessentencliquen zu bunt geworden, und er appelliert gegen diese Cliquen an die breitesten Kreise des Volkes.

Hoovers Appell hat auch breitesten Resonanz gefunden und hat im Kongreß geradezu gewirkt wie ein reinigendes Gewitter. In drei Stunden hat der Finanzausschuß des Senats in Anwesenheit des Schatzsekretärs (des Finanzministers) die Etat-

vorlage umgearbeitet, um den Wünschen der Regierung nach der Balancierung des Etats zu entsprechen.

Am gleichen Tage hat der zuständige Ausschuh des Repräsentanten- hauses die Gesetzentwurf abgelehnt, in der die Auszahlung von 2,4 Milliarden Dollar an die Kriegsteilnehmer in den durch Gold nicht einblenden Noten („unkontrollierte Inflation“) verlangt wurde. Das verächtliche Geleg, das von der Regierung und den Zentral- notenbanken die Steigerung der Preise auf das Durchschnittsniveau von 1921 bis 1929, also um 49 Proz. verlangt, wird nicht mehr ernst genommen. Man rechnet jetzt damit, daß dieses Gesetz schon im Senat glatt abgelehnt wird. Diese Tatsachen zeigen, daß wenigstens die Partei des Präsidenten, die republikanische Partei, Angst vor Hoovers Entlarvung der Demagogie der Interessentencliquen bekommen hat.

Wir haben gar keinen Grund, für die durchaus vom kapi- talistischen Geiste erfüllte Politik von Hoover und seiner Regierung begeistert zu sein. Eine sozialdemokratische Partei würde in Amerika für die staatliche Unterstützung der Arbeitslosen und für öffentliche Arbeiten im großen Ausmaße kämpfen, wofür die Mittel ohne irgendwelche gefährlichen Experimente zu beschaffen wären. Die republikanische Partei, deren offizieller Führer Hoover ist, ist die ausgesprochene Partei der amerikanischen Plutokratie, die zur Verfallung der amerikanischen Demokratie am stärksten bei- getragen hat. Um so bezeichnender ist es, daß in einer Zeit, in der die Kopflosigkeit der kapitalistischen Politiker und die Ge- wissenslosigkeit der Interessentencliquen, die katastrophale Erschütte- rungen zu bewirken drohen, der verantwortliche Führer des Staates sich gezwungen sieht, an das Volk gegen diese Cliquen zu appellieren. Die Grundlage der Demokratie werden dadurch nicht aufgehoben, sondern im Gegenteil zu ihrer Geltung gebracht, daß nicht der Machtapparat einer Diktatur, sondern das Urteil des Volkes zum Druck auf den Kongreß gebraucht wird.

Klarheit über Autarkie.

Die Autarkie ist nicht einmal in den USA möglich.

Die Frage der Autarkie, einer Wirtschaft, die sich „selbstgenü- gend“ allein auf den nationalen Raum, auf die eigenen Bodenschätze und die eigenen Kräfte stützt und noch außen abschließt, ist in der letzten Zeit fast bis zum Ueberdruß erörtert worden. Interessenten und Politiker beherrschen mit zweifelhaften Schlag- worten das Feld.

Das Sonderheft 25 der Vierteljahrshefte zur Konjunktur- forschung (Verlag Reimar Hobbing) bringt nun eine Unter- suchung des Wirtschaftsgeographen Prof. Dr. Rühl über die Zusammenlegung der Einfuhr der Vereinigten Staaten, die zu einem überraschenden Ergebnis kommt: Obwohl die Union mit ihrer großen Flächenausdehnung, ihren zahlreichen Klima- typen und ihrem Reichtum an Bodenschätzen unter allen Ländern der Welt dem Autarkieideal am nächsten kommt, so stehen doch noch nicht 11 Proz. der ganzen Einfuhr in unmittelbarem Wett- bewerb zur amerikanischen Eigenproduktion. Das bedeutet: fast 90 Proz. der Einfuhr brauchen selbst die USA, unter den heutigen Wirtschaftsverhältnissen unbedingt!

Rühl ist bei seinen Untersuchungen, die sich auf die Einfuhr des Jahres 1927 beziehen, darauf ausgegangen, festzustellen, welches der entscheidende Faktor für den Import sei. Er hat zunächst zwei Hauptgruppen von Waren festgestellt: solche, deren Einfuhr eine Ergänzung der Eigenproduktion bedeuten, und solche, die in direktem Wettbewerb zur Eigenproduktion stehen. Unter der ersten Gruppe wurden acht Untergruppen festgestellt, für deren Einfuhr folgende Gründe maßgebend waren:

Die Einfuhr der Waren der ersten Untergruppe beruht auf der Unmöglichkeit einer Eigenproduktion. Es handelt sich um Bodenschätze, die überhaupt nicht vorkommen (Nickel- und Zinn, Kail, Salpeter), und um Produkte, die tropisches Klima verlangen. Diese Gruppe macht 13 Proz. der ganzen Einfuhr aus.

Die zweite Untergruppe umfaßt Waren, für die zwar Produk- tionsmöglichkeiten vorhanden sind, die aber nicht produziert werden (21,5 Proz. der Gesamteinfuhr). Es zeigt sich also, daß selbst das Land der „unbegrenzten Möglichkeiten“ nicht alles selbst produziert, was es selbst produzieren könnte. Im einzelnen kommen die verschiedensten Gründe hinzu — die Produktion verlangt etwa eine bestimmte Schulung oder Spezialisierung oder billige Handarbeit ufm.

Die dritte Gruppe von Waren (5 Proz. der Gesamteinfuhr)

entfällt auf Produkte, von denen bestimmte Sorten fehlen. Dazu gehören Naturprodukte (Tabak, Baumwolle, Wolle), von denen eine bestimmte Qualität fehlt.

Bei der vierten Gruppe (10 Proz. der Gesamteinfuhr) dagegen handelt es sich um Fabrikate, von denen bestimmte Quali- täten fehlen. Gerade hier zeigt sich, daß eine umfassende Güter- versorgung nur durch die internationale Arbeitsteilung erreichbar ist. Zu dieser Gruppe rechnen englische Marmeladen und Stoffe, deutsche Farben, Ledermwaren und Glaswaren, französische Parfüme- rien und ähnliches.

Eine geringe Bedeutung (0,8 Proz. der Gesamteinfuhr) haben Waren, deren Einfuhr auf den beibehaltenen Lebensgewohn- heiten zugewandelter Völker beruhen. Auch Waren, deren Einfuhr auf einer Verschiedenheit der Produk- tionszeit (Ernten!) beruht, spielen in der Einfuhr Amerikas eine geringe Rolle (0,2 Proz.). Wichtiger ist die siebente Gruppe, deren Einfuhr auf der technischen Entwicklung beruht (4,2 Proz.); es wird z. B. Rohöl oder Kupfererz zur Verarbeitug importiert, weil die Anlagen in der Union am günstigsten liegen.

Der größte Prozentlag, 34 Proz. der Gesamteinfuhr, entfällt auf Waren, die eingeführt werden, weil die Eigenproduktion zu gering ist. Daß Güter dieser Gruppe früher oder später im Inland hergestellt werden, ist denkbar. Das wird Sache der weite- ren wirtschaftlichen und — politischen Entwicklung sein.

Bei der zweiten Hauptgruppe von Waren, deren Einfuhr in Konkurrenz mit der Eigenproduktion erfolgt, wurden zwei Untergruppen festgestellt.

Die Einfuhr der neunten Gruppe (3,5 Proz. der Gesamteinfuhr) beruht auf einer günstigeren Transportlage der aus- ländischen gegenüber der inländischen Produktion. So wird Mais, der in der Mitte der Union erzeugt wird, von Argentinien an die amerikanischen Küsten gebracht; Eisenerze werden aus Mittel- und Südamerika, aus Nordafrika und Spanien bezogen, weil die Frucht von den amerikanischen Lagern am Oberen See nach den Küsten- plätzen teurer ist.

Die Einfuhr der zehnten Gruppe schließlich (7,2 Proz. der Ge- samteinfuhr) ist darin begründet, daß das Ausland billigere Produktionskosten aufweist.

Rühl schließt seine Untersuchung mit der Feststellung, daß eine Verwirklichung des Autarkiegedankens — soweit sie nicht einen völligen Verzicht bedeutete — eine weitgehende und kostspielige Umstellung der Produktion erfordern würde. Bieweit das wirt- schaftlich oder gar aus außerwirtschaftlichen Gründen erwünscht wäre, sei eine Frage für sich.

IGEMO

Die Zeitverhältnisse verlangen billige Artikel. Mouson bringt sie in den hochwertigen Igemo-Erzeugnissen. Ver- langen Sie bei Ihrem Händler Igemo-Artikel und achten Sie auf die blau-rote Packung. Igemo bedeutet wahrhafte Qualität und Billigkeit.

10, IGEMO Shampoo 44, IGEMO Rasiercreme
25, IGEMO Toiletteseife 75, IGEMO Rasiercreme
25, IGEMO Hautcreme 50, IGEMO Rasierseife
50, IGEMO Hautcreme 75, IGEMO Rasierseife
50, IGEMO Zahnpaste 1-M. IGEMO Mundwasser

Ib Krüglers sagt der Welt ade

Drei Tage aus dem Leben eines Großen / Von Walter Sues

3.
Gaston Morel, arbeitslos, und Sigurd Olsson, Bevoorkundeter
Ib Krüglers, fahren im Auto durch das Bois. Vor ihnen ist Licht,
das Licht von Paris. Und hinter ihnen ist die Dunkelheit der
Vorfrühlingsnacht und das Düstere der Wege im Gehölz. Hinter
Gaston Morel ist das Dunkel, der Tod. Vor ihm das Licht von
Paris, das Leben....

Da — das Palais Krüglers. Olsson lenkt den Wagen zu
einem Seitenportal. Ganz nahe fährt er heran, öffnet und deckt
Morel mit seinem breiten Rücken. Hinter Morel geht er die
schmale Treppe hinauf in den ersten Stock. Offene Türen stehen
im Korridor, leere Küstungen, höhl und schwankend. Aber sie
bliden stolz und hochmütig aus geschlossenen Vorhängen auf Morel,
der mit seinem Zehrerücken, die braunen Fardstreifen der Pant auf
dem verschliffenen Anzug, hinter Olsson durch den Gang schreitet.
Vor einer hohen Tür macht Olsson halt. „Warten Sie“, sagt
er. „Ich werde Sie anmelden.“

Ein paar Minuten ist Morel allein.
„Kommen Sie!“
Der Schwede geleitet ihn durch ein paar Türen. In einem
kleinen Zimmer stehen gläserne Schüsseln auf einem Tisch. Obst,
Pflirsche, Bananen, Orangen. Und Käse ist da, goldgelbe Butter,
roßiges Fleisch in Scheiben geschnitten, braunes, knuspriges Brot.

„Essen Sie!“ sagt Olsson.
Er schmeigt, während Morel hastig große Bissen hinunter-
schlingt. Brot, Butter, Käse und Fleisch verschwinden zwischen
seinen mahelnden Zähnen. Ein Glas süßen, prickelnden Weines
führt er hinunter und noch eines und noch eines. Ein paar
Bananen und zwei Pflirsche verschwinden im rasch kauernden Mund.

Der Schwede hat die Arme gekreuzt. Ein leises, ironisches
Lächeln spielt um seine Lippen.
„Na“, sagt er, nachdem Morel den letzten Bissen getan hat,
und öffnet eine Tür. Das Badezimmer! In der Kachelwanne
warmes grünes Wasser. Durchdringend riecht ein starkes Badesalz.

„Sie müssen sich auch rasieren“, sagt Olsson. Geht und Morel
ist allein. Er schlüpft aus der Zehrbaut. Krleicht in die nasse
Wärme. Schließt die Augen. Und plötzlich ist er müde, müde,
müde....

Während das laue Wasser um seinen schmutzigen Körper
plätschert, träumt er von künftiger Größe. Eine Bagelstunde, um
die Kröhen zu verheuchen, wenn der Herr fort ist, wollen
sie aus ihm machen. Er darf nicht mehr Gaston Morel
sein, sondern nur noch Ib Krüglers II, der Erjah-Krüglers,
höhl und ohne Eigenleben, wie die gepanzerten Herren
draußen im Korridor. Sie sollen es probieren! Er wird
sich hineinlegen in dieses Leben, wie er jetzt in der Banne liegt.
Aber erschaffen wird er nicht, wird nicht nur den Ib Krüglers
spielen, wird wirklich ein zweiter Ib Krüglers sein. Alles wird
er studieren: Organisation, Produktion und Verkauf, das Anleihe-
geschäft.... Ib Krüglers kann sterben, kann verschwinden....

Hoh stutet hoch in Gaston Morel. Er, arbeitslos gestern noch,
weiß von der Höhe der Hunderttausend. Von den farbigen Auf-
klappen in den Mantagen, von den Frauen in den Fabriken, die
das laufende Band ermüdet, von den Hungerlöhnen, von dem
Begefeuer der Heizräume auf den Dampfern der Krüglers-Flotte,
von der Höhe giftiger Beizdämpfe in den Fabriken: aus Not und
Eiend wird das klingende Gold des Finanzkapitals.

Gaston Morel steigt aus dem Wasser. Er tritt vor den
Spiegel, schmiert die Rastcreme über das dorststoppelige Gesicht.
Und wie es glatt wird unter den Strichen des verfilberten Appa-
rats, ist es nicht mehr das Gesicht Gaston Morels, sondern das
Gesicht Ib Krüglers, herrlich, gebietend.

Aber noch ein anderes Gesicht steigt auf im glitzernden Glas,
das Gesicht der Nacht. An Krüglers Stelle muß man sich setzen, an
die Stelle des Kapitals und dann....

„Hier sind Kleider von Ib Krüglers“, sagt Olsson. Er ist leise
bereingelommen und wirft einen prüfenden Blick auf den ge-

badeten, rasierten Mann. „Ihr Haar müssen Sie genau in der
Mitte scheiteln....“

4.
Sie sitzen einander gegenüber, die beiden Ib Krüglers. Der
echte spricht ein hartes Französisch, die Stimme ist kalt und be-
heerrscht.

„Jug um Jug müssen Sie meinen Habitus studieren, Herr
Morel. Meine Art zu sprechen. Meine Gesten. Den Klang
meiner Stimme. Sehen Sie, ich halte die Zigarette immer mit
der linken Hand. Alles müssen Sie kopieren. Wir werden den
Abend zusammen verbringen. Ich hoffe, das wird genügen.
Morgen verreise ich für drei Tage etwa und Sie müssen Ib Krüglers
sein.“

Sie starren einander an, die beiden Ib Krüglers.
Herr Olsson lächelt.
Es ist ein sehr häßliches Lächeln.

5.
Während Gaston Morel in einem weichen, großen Bett schläft
und den Traum von Glück und Macht träumt, sitzt Krüglers an
seinem Schreibtisch und rechnet. Es ist eine gewissenhafte und doch
gemissenlose Rechnung: legtes, andächtiges Betrachten eines ragenden
Kartenhauses, das in wenigen Sekunden einfüren muß.

Krüglers rechnet und rechnet. Seine Feder kraht über das
Papier und es bedeckt sich mit Zahlenkolonnen. Da sind die
Summen haren Geldes, gute, wertbeständige Banknoten und Ueber-
bringerschecks auf die ersten Banken der Welt. Es ist eine große,
eine ungeheure Summe. Sonst ist nicht viel da an Aktiven. Krüglers
hat heimlich verkaufen lassen durch Strohmänner, die nicht
wußten, wer ihre Hintermänner waren: Landgüter, Aktienpakete,
Fabrikrealitäten, Wertpapiere. Nicht einmal das Palais, in dem
er sitzt und rechnet, ist noch sein Eigentum. Heute hat er es ver-
kauft. Und nun zählt er Geld und Schecks, viele Millionen.
Ib Krüglers lächelt befridigt.

Die Feder kraht weiter. Ib Krüglers rechnet und rechnet:
Die Passiven. Unreife Anleihen, Kredite, ungeheure Summen,
Verpflichtungen, Lasten. Eine ungeheure Lawine. Eine Lawine,
die in den nächsten Wochen auf den Krüglers-Konzern hernieder-
donnern und ihn vernichten wird.

Und trotzdem lächelt Ib Krüglers, als ob nicht die Katastrophe,
sondern das Glück auf seinem Schreibtisch läge. Für einen Großen
halten sie ihn. Ja, er hat danach gelebt: still, bescheiden, zurück-
gezogen. Er hat nicht aufreizend und in aller Deffentlichkeit ge-
spracht, wie die lauten, dummen amerikanischen Milliardäre, die
dann Spitäler und Universitäten stiften müssen, um die todende
Volksseele abzujählen. Niemand wußte von seinen Weibern und
seinen.... Rein, man galt als Asket. Als der große, blonde,
blauäugige nordische Wirtschaftsführer, der Glaube, Hoffnung,
Symbol einer großen nationalen Bewegung wurde.

Man repräsentierte, wie es sich geziemte. Das Glück lag wo
anders: in der Nacht. Immer hatte er die Nacht geliebt um
ihrer selbst willen. Zwanzig Staaten hatte er unter das Joch
seiner Anleihen gepreßt, Finanzminister waren seine Vetanen. In
Südamerika hatte er eine Revolution finanziert und sie brachte ein
Monopol ein. Und das ist Rausch. Man hat die schnellsten Auto-
mobile von Stockholm und das ist Macht, Macht über die Ent-
fernung. Man hat die schönsten, sichersten Motorboote des Schären-
meeres und das ist Macht, Macht über den Ozean.

Auf und ab geht Ib Krüglers in dieser Nacht der Bilanzen.
Lächelnd hat er die Ziffern niedergeschrieben, die die Katastrophe
bedeuten. Nun zieht er lächelnd die Bilanz seines Lebens.
Ib Krüglers lächelt ein Lächeln tiefer Verachtung. Bild reißt sich
an Bild, während er auf und abgeht. Da ist das Kind Ib, das in
dem kleinstädtischen, alten Parizerhaus aufwächst. Sein Vater
ist ein lächerlicher Puritaner, der aus Tugend und Enthaltbarkeit
Geld macht. Und da die Schule. „Fauler Schlingel“, sagen die
Lehrer. „Strenge dich an, um ein achtbarer Mensch zu werden...“

Aber das Kind Ib haßt den achtbaren Menschen. Die sind

wie der Vater. Zu schwächlich für offene Gewalt greift Ib zum
Schwindel und organisiert ihn. Schon damals.

Das ist der Weg: der Schwindel. Den dummen, den an-
ständigen Menschen etwas vormachen: sie fallen herein, fallen tot-
sicher herein!

Vor zwanzig Jahren hat der Gymnasiast Ib ein Abgangs-
zeugnis gefälscht. Der große, nordische Wirtschaftsführer Ib hat
Staatsobligationen gefälscht. Viele, viele Millionen. Und dieser
Krieg, diese Wollust des Triumphes und des Doppelspiels ist immer
stärker geworden, je größer der Schwindel wurde. Die dummen,
achtbaren, anständigen Bürger sprechen den Namen des Wirtschaftsführers
Ib ehrfurchtvoll aus, der sie betrügt und beschwindelt. Er
Ib, Ib Krüglers ein Wirtschaftsführer? Der größte Gauner aller
Zeiten ist er! Daß das niemand weiß, niemand merkt, macht diesen
Krieg aus, dem er wie einem Raubschiff verfallen ist.

Aber nun ist es zu Ende. Vor einer Woche ist er in Neuyork
gewesen. Das war der letzte Verlust, Millionen aus dem Boden
zu stampfen, um weiter manövrieren zu können. Aber die Morgan-
gruppe hat ihn durchschaut. Sie haben ihn nicht der Polizei über-
geben — erst kamt der Prafit und dann die Moral — aber
zehn Millionen haben sie ihm abgepreßt, haben ihn gezwungen,
gefälschte Papiere, die er ihnen feinerzeit angehängt hatte, zurück-
zulassen. Da ist er bleich, zitternd auf die „Mauzetania“ gestiegen
und hat gemerkt, daß es zu Ende ist. Und in der Einsamkeit seiner
Kabine hat er den letzten, großen Schwindel erfunden, den größten
von allen, den würdigen Abschluß.

Die Partie ist verloren. Ib Krüglers ist reif für die Polizei,
die Gerichte. Ib Krüglers muß sterben.

Sterben? Ib Krüglers wird ein legtes Mal die braven, an-
ständigen Bürger beschwindeln. Selbstmord wird Ib Krüglers be-
gehen und — weiterleben! Und er wird lachen über den
donnernden Krach des zusammengestürzten Konzerns, über das Ent-
setzen der Börsen und die Fieberanfalle der Welt.

Aber Ib Krüglers wird auch in seinem zweiten Leben nicht arm
sein. Da er sich anstcht über Bord zu springen, hat er an Worten
zusammengerafft, was möglich ist.

Ib Krüglers lächelt.
Ein boshaftes, ein mörderisches Lächeln. (Schluß folgt.)

Dr. Julius Hofes:

Auseinandersetzung mit einem Mediziner

Einer unserer tüchtigsten medizinischen akademischen Lehrer,
Forscher und Kliniker, der kürzlich in den Ruhestand getretene
Berliner Internist Prof. Dr. W. His, hat in einer Laienzeitung,
das heißt, nicht nur für die Ärzteschaft bestimmten Zeitschrift,
einige bemerkenswerte Ausführungen über grundsätzliche Fragen
der Medizin gemacht. Es ist erfreulich, daß His, fern von aller
Selbstanbetung und der sonst üblichen Beweihräucherung der
medizinischen Technik, sich nicht scheut, auch einem Laienpublikum
gegenüber Kritik an dem Wesen der Medizin zu üben: Man
müsse zwischen Wissen und Können des modernen
Arztes streng unterscheiden. Der Mediziner von heute
wisse bestimmt mehr als der frühere, nicht nur, weil die Er-
fahrungen sich gehäuft haben, sondern weil ihm auch eine Menge
neuer Hilfsmittel zur Verfügung stehen.

Eine andere Frage sei, ob er auch mehr könne, ob er
besser heile.

Die deutliche Herausarbeitung des Unterschiedes zwischen ärzt-
lichem Wissen und Können, zwischen der mehr handwerklichen
Diagnose und der wirklichen Kunst des Heilens, die kritische Be-
trachtung der gegenwärtigen einseitigen Organtherapie gibt auch
dem „Laienleser“ einen Begriff von den Problemen, mit denen die
moderne Medizin ringt. Aber die sonst so ausgezeichneten Aus-
führungen von Prof. His bieten selbst einen Angriffspunkt der
Kritik. Es handelt sich um den Satz:

„Die medizinische Forschung gab uns als Folge
unserer zivilisatorischen Errungenschaften eine Menge Methoden,
mit deren Hilfe wir das Durchschnittsalter des

Besserer Kundendienst

Wir haben unseren Personalbestand durch Neueinstellung um

500 Köpfe

vergrößert, um Ihnen gerade vor Pfingsten unsere überreiche Auswahl
herrlicher Qualitätsschuhe in Ruhe zeigen zu können. Kaufen Sie jetzt!
Noch nie waren gute Schuhe so billig — ca. 25% billiger als im Vorjahr.

Heute
Kindertag!
Besonders
billige Angebote

Leiser

Berlins grösstes Schuhhaus • Berlins grösste Schuhfabrik

